

Katja Klee
Im „Luftschutzkeller des Reiches“

Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Band 78

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Jürgen Zarusky

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Im „Luftschutzkeller des Reiches“

Evakuierte in Bayern
1939–1953:
Politik, soziale Lage, Erfahrungen

Von Katja Klee

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

[**Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe**]

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / im Auftr. des
Instituts für Zeitgeschichte hrsg. – München : Oldenbourg

Früher Schriftenreihe

Schriftenreihe zu: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bd. 78. Klee, Katja: „Im Luftschuttkeller des Reiches“. – 1999

Klee, Katja:

Im „Luftschuttkeller des Reiches“ : Evakuierte in Bayern 1939–1953:

Politik, soziale Lage, Erfahrungen / von Katja Klee. – München :

Oldenbourg, 1999

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Bd. 78)

(Eine Publikation des Instituts für Zeitgeschichte)

Zugl.: München, Univ., Diss., 1998

ISBN 3-486-64578-1

© 1999 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz und Druck: Appl, Wemding

Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-64578-1

Inhalt

<i>Vorwort</i>	7
<i>I. Einleitung</i>	9
<i>II. Probelauf und Improvisation: Evakuierungsmaßnahmen in den ersten Kriegsjahren 1939–1942</i>	27
1. Die Freimachung der Westgrenze im Sommer 1939	27
2. Gesetzliche Grundlagen und zuständige Instanzen	37
3. „Verdeckte Evakuierung“: Kinderlandverschickung und Erweiterte Kinderlandverschickung	44
4. „Wilde Umquartierung“: Erfahrungen mit den sogenannten Selbstumquartierern	70
<i>III. „Die größte Völkerwanderung aller Zeiten“: Die Ausweitung der Evakuierung im Zeichen des „Totalen Krieges“ durch die „Reichseinheitliche Lenkung“ 1943–1944</i>	83
1. Notbehelfe: Zentrale evakuierungspolitische Bestimmungen bis Anfang 1943 und ihre Wirkung	83
2. Zeit zum Handeln: Überörtliche Regelungen bis zur Gründung des Interministeriellen Luftkriegsschädenausschusses	96
3. Grundlage: Der zentrale Erlaß des Reichsinnenministers zur Evakuierung vom 19. April 1943	117
4. Größenwahn: Der Reichsumquartierungsplan	132
<i>IV. „Keine deutsche Stadt wird aufgegeben!“ Die Evakuierung im letzten Kriegsjahr</i>	137
1. Kurskorrektur: Stufenweise Einschränkung der Evakuierungsmaßnahmen	137
2. Die Freiräume der regionalen Entscheidungsträger in der Phase der allgemeinen Auflösung am Beispiel der Stadt München	141
3. Der „Stop“ der Luftkriegsevakuierung durch „Führer“-Erlaß	150
4. Der Zusammenbruch der planmäßigen Evakuierung an der Jahreswende 1944/1945	155

<i>V. Dimensionen des Evakuiertenproblems: Eine Bilanz 1943–1945–1949</i>	163
1. Erste Schätzungen	164
2. Die regelmäßige Erfassung der Evakuierten in der Reichsstatistik	170
3. Mikroanalyse: Die Evakuierten im Berchtesgadener Land	179
4. Evakuiertenzählungen nach Kriegsende	185
<i>VI. Zwischen Einheimischen und Neubürgern: Das Evakuiertenproblem nach dem Zweiten Weltkrieg</i>	207
1. Die „Stunde Null“	207
2. Im Schatten der Flüchtlinge: Evakuiertenpolitik in Bayern 1945–1949	222
3. Mißglückter Versuch: Maßnahmen der Alliierten zur Evakuiertenrückführung	227
4. Stillstand: Evakuiertenpolitik im Vier-Zonen-Deutschland	243
<i>VII. Evakuiertenpolitik und soziale Lage der Evakuierten in der Bundesrepublik</i>	249
1. Ausgangslage	249
2. Kommunalpolitik und Evakuierte: Der Fall Würzburg	252
3. Das Bundesevakuiertengesetz	273
<i>VIII. Zusammenfassung</i>	301
Abkürzungsverzeichnis	309
Quellen- und Literaturverzeichnis	311
Verzeichnis der Karten und Tabellen	321
Personenregister	323
Ortsregister	325

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die überarbeitete und ergänzte Fassung meiner Dissertation, die im Sommersemester 1998 von der Philosophischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommen wurde. Den Anstoß dafür gab Professor Hans Günter Hockerts, der die Dissertation auch betreute, wofür ich ihm sehr dankbar bin. Herr Hockerts und seine beiden Assistenten, Theresia Bauer und Winfried Süß, hatten stets ein offenes Ohr für alle meine Anliegen, und ihre fundierte Kritik bereicherte den Entstehungsprozeß der Dissertation.

Zu großem Dank bin ich auch dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Herrn Professor Horst Möller, und vielen Mitarbeitern in Archiv, Bibliothek und Verwaltung verpflichtet. Durch ein Stipendium aus dem Hochschulonderprogramm II (HSP II) war ich finanziell abgesichert und konnte außerdem alle Vorteile einer Mitarbeit am Institut nutzen. Herrn Professor Möller danke ich auch für die Übernahme des Korreferats für die Dissertation. Ganz besonders habe ich davon profitiert, daß ich mit meinem Dissertationsvorhaben an das „Bayernprojekt“ des Instituts (Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973) angeschlossen war. Hans Woller, Thomas Schlemmer, Dietmar Süß, Jaromír Dittmann-Balcar und Stefan Grüner haben trotz ihrer eigenen beruflichen Belastung jede erdenkliche Mühe auf sich genommen, um mir fachlich und persönlich unter die Arme zu greifen. Keine Stunde war zu spät, kein Problem zu schwierig, als daß es nicht beherzt angegangen worden wäre. Für das einzigartige Teamwork bin ich besonders dankbar.

Dank gilt auch meinen Kollegen, meiner Familie und meinen Freunden. Klaas Koppitz hatte immer Verständnis für meine Sorgen und Nöte, und er hat viel von seiner Freizeit dafür geopfert, um mir den Rücken freizuhalten.

Ohne die freundliche Unterstützung zahlreicher Bibliothekare und Archivare hätte diese Studie nicht entstehen können. Besonderen Dank schulde ich den Damen und Herren des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Staatsarchive in München und Würzburg sowie des Stadtarchivs Würzburg. Die engagierte Betreuung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und im Bundesarchiv ermöglichte es mir, innerhalb kürzester Zeit wichtige Quellenbestände auszuwerten.

Widmen möchte ich dieses Buch meiner Tochter Luisa, für vieles.

Holzolling, im Dezember 1998

Katja Klee

I. Einleitung

Am 24. Juli 1945 wurde im Rathaus von Neu-Isenburg, einem Ort nahe Frankfurt am Main, eine verzweifelte Frau vorstellig. Sie berichtete dem Bürgermeister von der fast zwölfmonatigen Odyssee, die sie mit ihren fünf Kindern quer durch das schwer vom Krieg gezeichnete Deutsche Reich geführt hatte.¹ Nach den verheerenden Luftangriffen auf Königsberg, bei denen im Sommer 1944 der mittelalterliche Stadtkern gänzlich zerstört worden war, hatten die Behörden die Familie nach Bardenstein in Ostpreußen evakuiert. Dort hatte sie sich kaum eingerichtet, als die rasch vorrückenden Divisionen der Roten Armee aufs neue ihre Flucht erzwangen. Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) brachte sie im November 1944 mehr als 600 Kilometer nach Westen, in das sächsische Dorf Leutersbach an der Grenze zum „Protektorat Böhmen und Mähren“. Im März 1945 drohte aber auch die Oberlausitz zum Kampfgebiet zu werden, so daß die Familie in den Wirren der letzten Kriegstage noch einmal in die Mühlen der Evakuierung geriet. Hilda Krawulsky und ihre fünf Kinder landeten schließlich in Dietersdorf, einer 600-Seelen-Gemeinde im Landkreis Oberviechtach in der Oberpfalz,² wo sie im Haus des Bürgermeisters untergebracht wurden.

Mit der Besetzung der östlichen Oberpfalz durch das XII. US-Korps war zwar auch für diese Familie aus Ostpreußen der Krieg zu Ende, ihre Irrfahrt ging jedoch weiter.³ Da nach Königsberg kein Weg zurück führte, blieb Hilda Krawulsky zunächst nichts anderes übrig, als die weitere Entwicklung abzuwarten. Bereits im Juni 1945 wurde sie allerdings vom Bürgermeister schriftlich aufgefordert, ihr Quartier in Dietersdorf bis zur Monatsmitte zu räumen und die Oberpfalz zu verlassen. Wohin, konnte Frau Krawulsky keiner sagen, der Bürgermeister meinte nur, „die Reise sei nach überall hin frei“. Für den Fall, daß sie sich weigern sollte, Dietersdorf zu verlassen, drohte man ihr mit dem Entzug der Lebensmittelkarten. In ihrer Not suchte die Frau das zuständige Detachment der amerikanischen Militärregierung auf.⁴ Die verantwortlichen Offiziere versuchten, sich aus der Sache herauszuhalten, und verwiesen sie an den Landrat. Aber auch hier war nichts zu erhoffen. Der Landrat war nicht weniger abweisend als zuvor der Bürgermeister von Dietersdorf und ließ Frau Krawulsky wissen, „alle müßten hinaus“. Die Grenzen seien offen, daher könne sie doch nach Königsberg zurückkehren. Eine Reise in das mehr als 1000 Kilometer entfernte zerstörte Königsberg, das in die Hand der Sowjets gefallen war, über deren Verhalten während der Besetzung die schrecklichsten Ge-

¹ Zum folgenden vgl. BayHStA, LFV 6, Beglaubigte Abschrift einer Aussage von Hilda Krawulsky aus Königsberg/Ostpreußen vor dem Bürgermeister von Neu-Isenburg am 24. 7. 1945.

² BayLASD, Beiträge zur Statistik Bayerns, Nr. 177, Band 3, 1950.

³ Vgl. Rainer Ostermann, Kriegsende in der Oberpfalz. Ein historisches Tagebuch, Regensburg 1995, S. 12f.

⁴ Zuständig dürfte das Detachment I14D3 in Waldmünchen gewesen sein; vgl. Reinhard Heydenreuther, Office of Military Government for Bavaria, in: OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949, hrsg. von Christoph Weisz, München 1994, S. 143–315, hier S. 162ff.

rüchte im Umlauf waren⁵ – einem solchen Rat mochte die Frau mit ihren fünf Kindern aber verständlicherweise nicht folgen.

Als Hilda Krawulsky keine Anstalten machte, Dietersdorf zu verlassen, drohte ihr der Bürgermeister, sie aus seinem Haus zu jagen, und die Ehefrau des Dorfchefs setzte hinzu, andere würden sich sogar mit sechs Kindern auf die Rückreise machen. Schließlich brachten der Bürgermeister und der Landrat die Familie so weit, daß sie ihre wenigen Habseligkeiten zusammenpackte und sich nach Nürnberg aufmachte. Dort, so hoffte Frau Krawulsky, würde sich leichter eine Fahrgelegenheit nach Frankfurt am Main organisieren lassen, von wo aus sie zu ihrer Schwester in Neu-Isenburg zu gelangen hoffte. Zunächst war aber in Oberviechtach Endstation, wo sie zusammen mit ihren Kindern in ein Sammellager für Flüchtlinge und Evakuierte gebracht wurde. Im Lager herrschten verheerende Zustände. Die Leute lebten „in zugigen Scheunen“, und es gab nur unregelmäßig und immer zu wenig zu essen. Die Frau beschloß, so schnell wie möglich aus Oberviechtach wegzukommen. Über Nürnberg und Fürth erreichte sie schließlich Ende Juli 1945 mit ihren Kindern – „unter mühseligen Verhältnissen“ und „teilweise auf offenen Güterwagen“ reisend – Neu-Isenburg.

Das Schicksal dieser Frau und ihrer Kinder war kein Einzelfall. Es steht vielmehr – wenn auch zugespitzt – für das Schicksal von Hunderttausenden, ja Millionen von Deutschen, die während des von der Führung des Dritten Reiches entfesselten Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verlassen mußten, um der Zerstörung ihrer Städte durch die Bomberflotten der Alliierten zu entgehen, und die dann monate- oder gar jahrelang unter bedrückenden Umständen hin- und hergeschoben wurden. Evakuierten konnte man in der letzten Phase des Krieges in fast allen Regionen Deutschlands begegnen; nach Kriegsende, als sich andere Probleme in den Vordergrund schoben, gerieten sie jedoch rasch in Vergessenheit.

Ziel der vorliegenden Studie ist es zu beschreiben, wie unter Kriegsbedingungen zahllose Menschen in zum Teil weit entfernte Gebiete verpflanzt wurden, zu untersuchen, welche Institutionen und Organisationen daran beteiligt waren, und danach zu fragen, wie die Betroffenen ihre Evakuierung erlebten, welche Erfahrungen sie in ihren Zufluchtsorten machten, von denen sie oft nicht einmal den Namen kannten, und wie die einheimische Bevölkerung auf den staatlich verordneten Zuzug reagierte.

Erste Evakuierungen hatte es schon früh gegeben. Bereits bei Kriegsbeginn im September 1939 wurden Teile der westlichen Grenzgebiete von der Zivilbevölkerung geräumt. Diese zeitgenössisch als Freimachung der unmittelbar feindbedrohten Gebiete bezeichneten, amtlich organisierten Evakuierungen betrafen insgesamt schon mehrere hunderttausend Menschen,⁶ blieben aber Episode, da in den betroffenen Regionen Badens, der Pfalz und des Saarlands nach dem Sieg der deutschen Truppen über Frankreich bald wieder Normalität einkehrte.

Im Spätherbst 1940 waren wieder Evakuierungen im Gange. Sie waren diesmal auf die Furcht vor britischen Luftangriffen zurückzuführen, die alles andere als unbegründet

⁵ Die Angst vor plündernden und mordgierigen Sowjets war bereits Ende 1944, im Zusammenhang mit dem Vorrücken der Roten Armee in Ostpreußen, von der NSDAP geschürt worden; vgl. Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970, S. 512.

⁶ Marie-Luise Recker, Wohnen und Bombardierung im Zweiten Weltkrieg, in: Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, hrsg. von Lutz Niethammer, Wuppertal 1979, S. 408–428, hier S. 408.

war. Bereits in den 1920er Jahren waren von verschiedenen Luftkriegsstrategen Konzepte entwickelt worden, deren Hauptaussage lautete, daß ein künftiger Waffengang durch Bomberflotten entschieden würde. Dabei sollte nicht nur die militärische und ökonomische Basis der Kriegführung aus der Luft so weit wie möglich zerstört werden; durch Angriffe auf zivile Ziele hoffte man auch, die Moral und den Durchhaltewillen der Bevölkerung an der Heimatfront brechen zu können.⁷ Hinzu kam, daß die politische und militärische Führung des Dritten Reiches durch die Bombardierung englischer Städte im Sommer 1940 Gegenschläge der Royal Air Force geradezu provoziert hatte. Am 7. September attackierten 300 deutsche Bomber London, und von da ab gehörten englische Städte beinahe täglich zu den Zielen der Luftwaffe. Der schonungslose Bombenangriff auf Coventry am 14. November gelangte zu trauriger Berühmtheit.⁸

Bereits vergleichsweise harmlose Bombardements der britischen Luftwaffe im August und September 1940 machten deutlich, wie verwundbar die dicht bebauten Zentren deutscher Großstädte waren, und die wiederholten Angriffe auf Berlin im Herbst 1940 führten zu regelrechten Schockzuständen unter den Bewohnern der Reichshauptstadt.⁹ Die Folge waren mehr oder weniger umfangreiche Fluchtbewegungen, die weniger gefährdete ländliche Regionen zum Ziel hatten. In dieser Situation begann das erste großangelegte Evakuierungsprogramm, das freilich nicht als Luftschutzmaßnahme firmierte. In Anlehnung an die schon aus der Weimarer Zeit wohlbekannten Kinderlandverschickungen, prägten die Verantwortlichen in der Reichsjugendführung die Bezeichnung Erweiterte Kinderlandverschickung. An der Aktion, die räumlich zunächst auf die Städte Berlin und Hamburg sowie zeitlich auf drei Monate begrenzt war, nahmen Kinder und Jugendliche, aber auch schon Mütter teil. Die starke Zunahme der Verschickungen im Jahre 1941 – insgesamt bewegte sich die Zahl der Teilnehmer an der traditionellen Kinderlandverschickung und der Erweiterten Kinderlandverschickung in diesem Jahr bei etwa 850 000 Personen¹⁰ – führte dazu, daß die Organisation der Erweiterten Kinderlandverschickung auf eine breite Grundlage gestellt und überregional ausgerichtet wurde.

⁷ Die herausragende Figur auf diesem Feld war der italienische General Giulio Douhet, der diesen Theorien auch seinen Namen gab („Douhetismus“). Sein Opus „Il domino dell’aria“ erschien erstmals 1921, die deutsche Übersetzung, Luftherrschaft, erschien 1935 in Berlin. Eine geraffte Zusammenfassung über den Douhetismus in: Dokumente deutscher Kriegsschäden. Evakuierte – Kriegsgeschädigte – Währungsgeschädigte. Die geschichtliche und rechtliche Entwicklung, hrsg. vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1958–1964, hier Band I, S. 6 f. Die Ideen Douhets hatten sich auch die Funktionäre des im April 1933 gegründeten Reichsluftschutzbundes (RLB) zu eigen gemacht. In einer Broschüre des RLB von 1935 hieß es: „Ein zukünftiger Krieg wird sich nicht zwischen den Heeresfronten, sondern von Land zu Land in deren ganzer Tiefe abspielen. Hauptwaffe wird das Flugzeug sein; aber nicht die Jagd- und Aufklärungsflugzeuge, wie wir sie vom letzten Krieg her kennen, sondern schwere Bombenflugzeuge. Krieg- und nicht kriegführender Teil der Bevölkerung wird auf beiden Seiten nicht unterschieden werden können. Die gesamte Zivilbevölkerung wird deshalb ausgiebiger Schutzvorrichtungen bedürfen.“ BayHStA, MF 67398, Broschüre „Aufgabengebiet und Zielsetzung des Reichsluftschutzbundes“, o. O. 1935.

⁸ Die verheerenden Zerstörungen in Coventry prägten den Begriff des „Coventrierens“ einer Stadt, mit dem auf Hitlers Äußerung angespielt wurde, er werde die englischen Städte „ausradieren“; vgl. Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990, S. 14, sowie Dokumente deutscher Kriegsschäden, Band I, S. 26.

⁹ Steinert, Hitlers Krieg, S. 148.

¹⁰ BA, R 36/2045, Reichszentrale Landaufenthalt für Stadtkinder e. V. an den deutschen Gemeindegang vom 19. 1. 1942, Geschäftsbericht für die Jahre 1938 bis 1941.

Mit der Ausweitung des Luftkriegs durch die britische Luftwaffe begann im Frühjahr 1942 eine neue Phase des Luftkriegs. Die Royal Air Force bediente sich dabei der Taktik des „area bombing“, bei der kurzzeitig eine möglichst hohe Konzentration von Bombern über einem Ziel erreicht werden sollte. Die Folgen des „area bombing“ zeigten sich erstmals bei Angriffen auf Lübeck und Rostock im Frühjahr 1942 und mehr noch beim ersten „Tausend-Bomber-Angriff“ der Royal Air Force auf Köln in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai 1942 in ihrer ganzen Brutalität. Nicht nur, daß dabei weitaus größere Zerstörungen hingenommen werden mußten als bei Angriffen alten Stils; auch die Zahl der Opfer erreichte ungeahnte Ausmaße. Damit wuchs auch die Bedeutung der Erweiterten Kinderlandverschickung, die Anfang 1943 nahtlos in die nunmehr von der Reichsführung offen propagierte Evakuierung der gefährdeten Städte überging.

Beides, die Initiierung einer zentralen und nachhaltig betriebenen Evakuierungspolitik durch die Zentralbehörden und die weitere Verschärfung des Luftkriegs durch die „combined bomber offensive“ der Briten und Amerikaner, führte seit Beginn des Jahres 1943 dazu, daß die Evakuierung immer größere Dimensionen annahm. Propagandaminister Goebbels sprach schließlich sogar von der „größten Völkerwanderung aller Zeiten“, die Millionen von Menschen heimatlos gemacht habe.¹¹ Dabei übertrafen die wahren Ausmaße die von Goebbels angestellten Mutmaßungen um ein Vielfaches: Bei Kriegsende dürften mindestens acht bis zehn Millionen Deutsche vor den Bomben auf der Flucht gewesen sein.¹²

Als im Mai 1945 die Waffen schwiegen, hieß das für die Evakuierten noch lange nicht, daß ihre Irrfahrt zu Ende war. Millionen – allein in Bayern wurden im Juni 1945 annähernd 700 000 Evakuierte gezählt – saßen erst einmal in ihren Notquartieren fest. Viele von ihnen machten sich sofort auf den Weg in ihre Heimat, anderen blieb die Rückkehr vorläufig verwehrt, sei es, daß sie keine Transportgelegenheit auftreiben konnten, oder ihre Wohnung zerstört oder anderweitig belegt war. Überdies gewann das Evakuiertenproblem in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch den Zustrom der Flüchtlinge und Vertriebenen zusätzlich an Schärfe. Einheimische wie Evakuierte mußten nun noch enger zusammenrücken, jede noch so kleine Kammer wurde als Flüchtlingsquartier beschlagnahmt, und in den verwaisten Wehrmachtgebäuden richtete man Lager und Massenunterkünfte ein. Dennoch reichte der Wohnraum hinten und vorne nicht, so daß bald die Forderung in aller Munde war, die Flüchtlinge könnten nur dann aufgenommen werden, wenn die Evakuierten ihre Quartiere räumten. So war es nicht verwunderlich, daß deutsche Auftragsverwaltungen auf kommunaler und regionaler Ebene schon im Herbst 1945 verschiedentlich zu harten Maßnahmen griffen: Abschiebungen waren ebenso an der Tagesordnung wie Drohungen, den Evakuierten jegliche Unterstützung zu entziehen. Die Abfuhr, die Frau Krawulsky im eingangs geschilderten Fallbeispiel vom Bürgermeister ihres Zufluchtsortes erteilt worden war, war also keine Ausnahme. Auch die amerikanische Militärregierung versuchte zunächst, die Rückkehr der Evakuierten zu forcieren, ihre Aktionen blieben jedoch weitgehend erfolglos.

¹¹ Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Teil II, bearb. von Peter Longerich, München u. a. 1992, hier 66 168–171, Meldung einer Abteilung der Parteikanzlei an Bormann vom 22. 6. 1943 betreffs Richtlinien für die propagandistische Maßnahmen im Luftkrieg.

¹² Vgl. dazu ausführlich Kap. V/2 der vorliegenden Arbeit.

Solange es in den Heimatorten der Evakuierten keine Wohnungen gab, machte eine Rückführung keinen Sinn. Weil sich aber die Kriegsfolgengesetzgebung – man denke an die ersten staatlichen Wohnungsbauprogramme oder die finanziellen Leistungen im Rahmen des sogenannten Soforthilfegesetzes, dem Vorläufer des Lastenausgleichsgesetzes – vor allem auf die Flüchtlinge konzentrierte, blieben die Evakuierten im wahrsten Sinne des Wortes zurück. Das Bundesevakuierengesetz vom Juli 1953 war nicht nur das letzte Gesetz für eine durch den Krieg existenziell gefährdete gesellschaftliche Großgruppe, sondern brachte in seiner ersten Fassung auch keine spürbare Verbesserung für die bundesweit immerhin noch mehr als 300 000 Evakuierten. Erst mit den beiden Gesetzesnovellen der Jahre 1957 und 1961 versuchte man, zu einer wirklichen Lösung des harten Kerns des Evakuiertenproblems zu gelangen; erst jetzt trugen die Bemühungen Früchte, die Evakuierten entweder materiell zu entschädigen oder mit staatlicher Hilfe wieder in ihre Heimat zurückzuführen.

Bis 1945 lassen sich verschiedene Typen von Evakuierten ausmachen. Da waren erstens die von der Räumung oder Freimachung betroffenen Personen, die vorsorglich und von Amts wegen vorübergehend ihren Heimatort verlassen mußten. Zweitens gab es die auf dem Wege der Kinderlandverschickung und der Erweiterten Kinderlandverschickung evakuierten Personen: Kinder, Jugendliche, schwangere Frauen, Mütter, alte und kranke Menschen, die in der Regel ebenfalls vorsorglich evakuiert wurden. Eine dritte Gruppe bildeten die „wilden Evakuierten“, die sich auf eigene Faust und ohne die Erlaubnis der Behörden ein Ausweichquartier suchten; sie waren die einzigen, die keinerlei Unterstützung von staatlicher Seite erhielten und gewissermaßen als „Illegale“ galten.

Am zahlreichsten waren – viertens – die Luftkriegsevakuiererten, die sich wiederum in verschiedene Gruppen unterteilen lassen. Da gab es diejenigen, die die „Verwandtenverschickung“ in Anspruch nahmen, die später zu einer „Bekanntnenverschickung“ ausgeweitet wurde; das bedeutete, daß sie sich zwar selbst um ein Ausweichquartier kümmern konnten, trotzdem aber zu den ordentlichen Evakuierten zählten, die auf staatliche Unterstützung und Sozialleistungen rechnen durften. Im Januar 1945 lag der Anteil der Evakuierten, die diesen Weg beschritten hatten, bei etwa einem Viertel aller planmäßig Umquartierten.¹³ Bei den planmäßig Evakuierten unterschied man zwischen denen, die ihre Heimatstadt auf behördliche Anweisung verließen, noch ehe sie Schaden genommen hatten, und denen, die man erst evakuiert hatte, nachdem sie ausgebombt und obdachlos geworden waren. Sämtliche planmäßigen Evakuierungen unterlagen den Prinzipien der „reichseinheitlichen Lenkung“, die Evakuierten wurden also in die zuvor festgelegten Aufnahmegauen geleitet, sie erhielten eine Abreisebescheinigung, einen kostenlosen Fahrschein, Räumungsfamilienunterhalt und auch neue Quartiere von Behörden und Parteidienststellen zugewiesen. Mit mehr als sieben Millionen machten sie Anfang 1945 die größte Gruppe der Evakuierten aus.

Zu den Luftkriegsevakuiererten gehörten auch die Arbeiter und Angestellten kriegswichtiger Betriebe, deren Verlagerung vom Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft und von Albert Speer in seiner Funktion als Reichsminister für Bewaffnung und Munition angeordnet werden konnte. Zu bevorzugten Ausweichregionen für die verlagerte Industrie entwickelten sich die Mark Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen und Württemberg sowie Nordostbayern, Oberbayern und Schwaben. Bei Kriegsende betrug die Zahl

¹³ Angaben nach: BA, R 24/44, NSV-Hauptamt Berlin, Aufstellung über den Stand der Umquartierung aus luftgefährdeten Gebieten einschließlich Räumung am 11. 1. 1945. Zum folgenden ebd.

der auf diese Weise Evakuierten etwa 850 000 Personen. Da diese Form der Evakuierung nicht den Vorschriften der „reichseinheitlichen Lenkung“ unterlag und nach anderen Kriterien funktionierte als die Evakuierung der Zivilbevölkerung, ergab sich immer wieder die paradoxe Situation, daß sich die Belegschaften in einer ganz anderen Region Deutschlands wiederfanden als ihre Angehörigen, die in den für sie vorgesehenen Aufnahmegau gebracht worden waren.

Wie im Sommer 1939 spielte auch 1944/45 die Evakuierung aus den unmittelbaren Kampfgebieten eine zentrale Rolle. Von diesen Räumungen verliefen nur jene im Westen des Reiches einigermaßen geordnet, also in der Pfalz, im Saarland sowie in den Regierungsbezirken Köln und Trier. Die Evakuierung der Bevölkerung aus den von der Roten Armee bedrohten Gebieten im Osten versank dagegen im allgemeinen Chaos des Zusammenbruchs. Daher kann man nicht genau sagen, wie viele Menschen von dieser Variante der Evakuierung betroffen waren. Im Januar 1945 wurden knapp 1,8 Millionen Personen registriert, von denen rund 344 000 Personen aus Ostpreußen ins Innere des Reiches gebracht worden waren, darunter viele Kinder und Jugendliche, die man zuvor dorthin in Sicherheit gebracht hatte. Für Danzig, Westpreußen, Pommern und Schlesien bestand zu dieser Zeit dagegen noch kein offizieller Räumungsbefehl. Nach 1945 wurde bei diesem Evakuiertentyp nach dem Heimatort unterschieden: Handelte es sich um Personen, deren Heimatort im Gebiet der vier Besatzungszonen lag, so galten sie als Evakuierte. Denjenigen, die östlich von Oder und Neiße zu Hause waren, wurde dagegen der Flüchtlingsstatus zuerkannt.¹⁴

Auf den ersten Blick mag es vielleicht etwas verwirrend erscheinen, daß auch nach Kriegsende der Begriff „Rückführung“ wieder auftauchte. Er beschrieb den Vorgang der – teilweise mit behördlicher Unterstützung betriebenen – Rückkehr der Evakuierten in ihre Heimorte. Als besonders folgenreich erwies sich die nach Gründung der Bundesrepublik getroffene Unterscheidung von Binnenevakuierten und Außenevakuierten. Als Binnenevakuierte galten Evakuierte, deren Ausweichort im gleichen Bundesland wie ihr Heimatort lag, Außenevakuierte zeichneten sich dadurch aus, daß sie nun jenseits der Grenzen ihres heimatlichen Bundeslandes lebten. Das Verhältnis der Binnen- zu den Außenevakuierten lag im Jahre 1951 bei zwei Dritteln zu einem Drittel.¹⁵ Fatale Folge der Unterscheidung war, daß der Bund nur für die Rückführung der Außenevakuierten

¹⁴ An dieser Stelle ist eine kurze Bemerkung über den Evakuiertenbegriff in der DDR geboten. Während die Verwaltungsbehörden in Westdeutschland versuchten, den Begriff des Evakuierten im Sinne seiner ursprünglichen Bedeutung anzuwenden und eine scharfe Trennung zwischen Flüchtlingen und Evakuierten aufrechtzuerhalten, wurden in der DDR Evakuierte und Flüchtlinge gleichermaßen als „Umsiedler“ bezeichnet; der Begriff „Umsiedler“ stammte aus dem sowjetischen Sprachgebrauch und war auch politisch gegen den westlichen Flüchtlings-/Vertriebenenbegriff gerichtet. Vgl. dazu Michael Schwartz, *Der „Umsiedler“-Begriff in der SBZ und der DDR. Eine Studie über totalitäre Sprachpolitik*, in: *Die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven* (Arbeitstitel), hrsg. von Dierk Hoffmann, Marita Krauss und Michael Schwartz (erscheint 1999). Dahinter stand die Überlegung, daß die Ausweisung der Flüchtlinge unumkehrbar sei, und die Probleme von Flüchtlingen und Evakuierten identisch seien; Regine Just, *Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen 1945–1952*, Dissertation, Magdeburg 1985, S. 47; vgl. auch Michael Krause, *Flucht vor dem Bombenkrieg: „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963*, Düsseldorf 1997, hier S. 38 ff.

¹⁵ Krause, *Flucht*, S. 289.

zuständig war, die Länder aber die weitaus größere Last der Rückführung und Versorgung der Binnenevakuierten tragen mußten. Erst 1961, im Zuge der Ausarbeitung der zweiten Novelle zum Bundesevakuiertengesetz, wurde diese Regelung zurückgenommen.

Die vorliegende Studie bietet keine umfassende Geschichte der Evakuierung vom Beginn der ersten kriegsbedingten Bevölkerungsverschiebungen bis zur Rückkehr oder finanziellen Entschädigung der letzten Evakuierten, sondern eine problemorientierte Teiluntersuchung, deren zeitlicher Schwerpunkt auf den Jahren zwischen Stalingrad und der Währungsreform und deren räumlicher Schwerpunkt auf Bayern liegt.¹⁶ Die traumatische Niederlage der Wehrmacht in der Schlacht um Stalingrad war nicht nur ein sichtbares Zeichen der Wende des Krieges. Im Frühjahr 1943 wurden auch die Evakuierungsmaßnahmen erheblich ausgeweitet, und die Evakuierten entwickelten sich geradezu zu einem Symbol der Notgesellschaft, die sich im Zeichen des Bombenkrieges herausgebildet hatte.¹⁷ Das Jahr 1948 dagegen bildet einen vorläufigen Endpunkt bei der politischen Bewältigung des Evakuiertenproblems; zu dieser Zeit kamen die sozialpolitischen Maßnahmen für die Evakuierten mehr oder weniger zum Stillstand, da alle Aufmerksamkeit der Eingliederung der weitaus zahlreicheren Flüchtlinge und Ausgewiesenen galt, die mit Wohnraum, Arbeit und den Gütern des täglichen Bedarfs versorgt werden mußten. Selbst bei den staatlichen Umsiedlungsprogrammen, die 1950 anliefen, fanden rückkehrwillige Evakuierte zunächst keine Berücksichtigung.¹⁸ Erst um 1950, als in der gesamten Bundesrepublik wieder volle Freizügigkeit galt, kam erneut Bewegung in die Szenerie. Die Ausarbeitung eines Bundesevakuiertengesetzes zog sich allerdings quälend lange hin, zumal man zunächst keine Übersicht über die Zahl der rückkehrwilligen Evakuierten hatte und sich daher auf grobe Schätzungen verlassen mußte.

1943 und 1948/1949 bilden also die Eckdaten der vorliegenden Studie. Das heißt aber nicht, daß über diesen Zeitraum nicht hinausgegriffen wird, sofern es für die Gedankenführung förderlich ist. In zwei Fällen wird dies ausführlicher getan. Das betrifft zum einen die Räumungsmaßnahmen vom Sommer 1939, die sich als Vorgeschichte der Evakuierung begreifen lassen, ebenso die Erweiterte Kinderlandverschickung, deren augenscheinliche humanitäre Funktion schnell von den Zwängen des Luftschutzes überlagert wurde und die Anfang 1943 direkt in die zentrale „reichseinheitliche Lenkung“ der Evakuierung mündete. Schon bei der Kinderlandverschickung wurde die Doppelbödigkeit der zentralen Evakuierungspolitik deutlich, die einerseits jedem Verdacht, es könne sich bei den verstärkten Kinderentsendungen um Evakuierungsmaßnahmen handeln, vehement entgegentrat, andererseits aber ihre Aktivitäten besonders in den luftkriegsgefährdeten Städten ständig erweiterte. Zum anderen ist die Fallstudie über die Sozialstruktur und Lebenssituation der Menschen, die aus dem kurz vor Kriegsende schwer zerstörten

¹⁶ Zur Geschichte der gesellschaftlichen Umbruchszeit vgl. Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988.

¹⁷ Heinrich August Winkler, Sozialer Umbruch zwischen Stalingrad und Währungsreform? Rezension von: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, in: GG 16 (1990), S. 403–409, hier S. 409.

¹⁸ Vgl. dazu Siegfried Bethlehem, Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung, Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1982, hier S. 59 ff.

Würzburg aufs Land evakuiert worden waren und bis Anfang der 50er Jahre noch nicht hatten zurückkehren können, nicht nur der günstigen Materiallage geschuldet. Hier lassen sich zumindest punktuell Erkenntnisse darüber gewinnen, wer die Menschen waren, die gleichsam als Treibgut des Krieges irgendwo gestrandet waren, wie sie wohnten und arbeiteten, was sie selbst tun konnten, um ihre spezifischen Interessen zu artikulieren, und was von den zuständigen Behörden unternommen wurde, um ihre individuelle Lebenssituation zu verbessern.

Im Zentrum dieser Dissertation stehen Evakuierung und Evakuierte im rechtsrheinischen Bayern. Diese regionale Eingrenzung bietet sich aus mehreren Gründen besonders an. So genoß Bayern wegen seiner geographischen Lage schon kurz nach Kriegsausbruch den Ruf, der „Luftschuttkeller des Reiches“ zu sein. Insbesondere Südbayern war ein bevorzugtes Ziel derjenigen, die auf eigene Faust versuchten, der Gefahr aus der Luft zu entkommen, und die bald als „wilde“ Evakuierte bekannt wurden. Bayern, das agrarisch geprägte, vergleichsweise dünn besiedelte Land mit wenigen urbanen Zentren, spielte aber auch im Rahmen der behördlich gelenkten Evakuierung eine zentrale Rolle, so daß hier kurz vor Kriegsende annähernd eine Million registrierter Evakuierter – mehr als zwei Drittel von ihnen stammten aus Regionen außerhalb Bayerns, den kleineren Teil machten die innerbayerischen Evakuierten aus – gezählt wurde; mehr Evakuierte gab es nur noch in Sachsen-Anhalt. In Bayern kulminierte das Evakuiertenproblem also in besonderer Weise, und das blieb auch nach 1945 so, als Bayern zudem noch zu einem bevorzugten Aufnahmeland für Flüchtlinge und Ausgewiesene wurde. Notgedrungen zählte Bayern damit auch zu den Ländern, die vergleichsweise früh und immer wieder auf eine Lösung des Evakuiertenproblems drängten, um Kapazitäten für die Versorgung der Heimatvertriebenen freizubekommen.

Neben der Beschreibung politischer Grundsatzentscheidungen wird großer Wert auf die Analyse der Umsetzung und der wirkungsgeschichtlichen Folgen gelegt. Dafür erwies sich allerdings schon die Bezugsgröße Bayern vielfach als zu umfassend, so daß wiederholt nur eine Stadt, ein Landkreis oder sogar nur eine Landgemeinde ins Zentrum der Untersuchung rücken. Die Diskussionen und Entscheidungen auf der Ebene der politischen Führung bilden gewissermaßen die Folie und den notwendigen Hintergrund, vor der die Situation vor Ort betrachtet wird. Grundlegend ist die Frage, was aus den zentralen Regelungen wurde, wie nachgeordnete Behörden damit umgingen und auf welche Weise die Reaktion der einheimischen Bevölkerung und nicht zuletzt das Verhalten der Evakuierten selbst den politischen Kurs auf Landes- und Reichsebene, nach 1945 auf Landes-, Zonen- und Bundesebene, beeinflussten. Es geht also, mit anderen Worten, primär darum, die konfliktreichen Wechselwirkungen zwischen den administrativen und politischen Schaltstellen und der Peripherie herauszuarbeiten und zu veranschaulichen. Dabei wird unter anderem danach zu fragen sein, ob sich auch in der Evakuierungspolitik die von Martin Broszat beschriebene polykratische „Herrschaft des Zweckmäßigkeitskalküls“ gegenüber der mangelhaften oder gänzlich fehlenden Planung und Definition eines erklärten Ziels durchsetzte und die Improvisation „zur Nemesis“ wurde.¹⁹ Aber auch für die Zeit nach Kriegsende muß geklärt werden, welche Institutionen und Organisationen für Evakuiertenangelegenheiten zuständig waren, da sowohl die Reichsbehörden als auch die NSV, die für die Evakuierten die größte Bedeutung hatte, im Chaos des Untergangs versanken. Das Problem lastete daher zunächst weiterhin auf der lokalen

¹⁹ Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, München, ⁷1978, S. 438f.

und regionalen Verwaltung, die allerdings auch schon in der Endphase des Krieges mehr und mehr auf sich allein gestellt gewesen war. Mit der Einrichtung von Sonderbehörden zur Bewältigung des Flüchtlingsproblems wurden auch die Weichen für die Evakuierten gestellt. In diesem Zusammenhang wird zu erörtern sein, welcher Stellenwert der Evakuiertenfrage bei der Formierung dieser Institutionen und bei der Ausarbeitung der einschlägigen Bestimmungen zukam. Schließlich muß untersucht werden, welche Positionen die amerikanische Militärregierung bezog und ob sie dem Evakuiertenproblem tatsächlich lediglich Desinteresse entgegenbrachte, wie auf den ersten Blick zu vermuten wäre.

Wie Michael Krause bereits ausführlich dargelegt hat,²⁰ trugen die Evakuierten zu der von Hans Günter Hockerts als „Gründungskrise“ bezeichneten „inneren Labilität“ bei, unter der die junge Bundesrepublik in den ersten Jahren litt, die „unter dem Eindruck schneller Stabilisierungserfolge“ aber bald „verschüttet“ wurde.²¹ Allerdings blieb das Evakuiertenproblem quantitativ und qualitativ weit hinter dem Flüchtlingsproblem zurück, das sich für die deutsche Nachkriegsgesellschaft gleichsam zu einem gefährlichen Sprengsatz entwickelte – und drohte daher mehr und mehr in Vergessenheit zu geraten. Wir wissen bis heute kaum etwas darüber, wie die Sozialstruktur der Evakuierten war, wie ihr Alltag aussah, wie sich das Zusammenleben mit den Einheimischen gestaltete und warum es den Evakuierten nicht wie den Heimatvertriebenen gelang, eine funktionierende Interessenvertretung aufzubauen.

In Anlehnung an Paul Erkers These von der „Revolution des Dorfes“ zwischen Stalingrad und der Währungsreform soll zudem der Frage nachgegangen werden, ob neben Arbeitern aus verlagerten Industriebetrieben, Zwangsarbeitern und den immer zahlreicheren Flüchtlingen auch die „normalen“ Luftkriegsevakuierten dazu beigetragen haben, das traditionelle Dorfleben grundlegend zu verändern.²² Waren nicht auch die Evakuierten – zumeist Städter – Transporteure wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Modernität? Importierten sie Einstellungen und Lebensweisen, die den Einheimischen bisher fremd gewesen waren und die nun zur Keimzelle für einen allmählichen Wertewandel wurden?

Die Bedeutung der Begriffe „Evakuierung“ und „Evakuiertes“ veränderte sich mit der politischen und militärischen Lage. Wie bereits erwähnt, versuchten die Verantwortlichen im NS-Staat, diese Termini aufgrund ihres pessimistischen, ja negativen Beigeschmacks – schließlich war damit eine lebensgefährliche Notsituation zu assoziieren – aus dem offiziellen Sprachgebrauch zu verbannen und durch die Begriffe „Umquartierung“ und „Umquartierter“ zu ersetzen – allerdings mit geringem Erfolg. Die Bedeutung der Termini „Evakuiertes“ und „Umquartierter“ waren identisch, daher werden beide Bezeichnungen in der vorliegenden Studie auch synonym gebraucht.

Die Studie folgt im großen und ganzen der Chronologie und ist in acht Kapitel aufgeteilt. Die Kapitel II bis IV beschäftigen sich mit der Evakuierungsfrage während des

²⁰ Michael Krause, *Flucht*, S. 321 ff.

²¹ Hans Günter Hockerts, *Integration der Gesellschaft. Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik*, in: *Entscheidung für den Westen. Vom Besatzungsstatut zur Souveränität der Bundesrepublik 1949–1955*, hrsg. von Manfred Funke, Bonn 1988, S. 39–57.

²² Paul Erker, *Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel*, in: *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 367–425.

Zweiten Weltkriegs, Kapitel V ist als quantitative Gesamtbilanz angelegt, während Kapitel VI und VII dem Evakuiertenproblem in der Nachkriegszeit gewidmet sind.

In Kapitel II geht es zunächst um die Darstellung der verschiedenen Formen der Evakuierung, die sich teils unter behördlicher Anleitung, teils in einer Art Wildwuchs selbstständig entwickelten, noch ehe zentrale Regelungen griffen. Behandelt werden die Räumung der Grenz- und Aufmarschgebiete bei Kriegsbeginn, die als Erweiterte Kinderlandverschickung getarnte Evakuierung von Kindern, Jugendlichen und anderen hilfsbedürftigen Personen sowie die Abwanderungen aus den gefährdeten Städten aus eigenem Antrieb. Diese Initiativen werden dabei insbesondere daraufhin untersucht, inwieweit sie Auswirkungen auf die zentral gelenkten Evakuierungsmaßnahmen der Folgezeit hatten. Außerdem werden in diesem Kapitel einige grundlegende Regelungen wie das Reichsleistungsgesetz vorgestellt.

Kapitel III steht ganz im Zeichen der planmäßigen Evakuierungen, die seit Anfang 1943 durchgeführt wurden. Hier geht es zunächst darum, Erklärungen dafür zu suchen, warum die Reichsbehörden die Kompetenzen in der Evakuierungsfrage so spät an sich zogen. Während regionale und lokale Dienststellen dieses Problem längst zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt hatten, wurde die Reichsführung letztlich nur bei besonders zerstörerischen Luftangriffen oder auf das Drängen untergeordneter Stellen initiativ. Daher war Improvisation Trumpf, bis im April 1943 die reichseinheitlichen Bestimmungen zur Lenkung der Evakuierungen in Kraft traten, die allerdings keine grundsätzliche Kursänderung mehr brachten.

Im letzten Kriegsjahr wurde Joseph Goebbels zur Schlüsselfigur der Evakuierungspolitik. Damit setzte eine neue Entwicklung ein, die unter anderem eine Kompetenzverlagerung zu den obersten Behörden zur Folge hatte und insgesamt die Rolle der NSDAP stärkte. Diesen Veränderungen ist das vierte Kapitel gewidmet. Hier sollen Goebbels' Intentionen und die Auswirkungen seiner restriktiven Evakuierungspolitik ebenso untersucht werden wie die Frage nach dem Krisenmanagement vor Ort unter den Bedingungen des Luftkriegs, der sich von Tag zu Tag verschärfte und den die deutsche Luftwaffe längst verloren hatte. Dabei wird zu untersuchen sein, ob es den „Machern“ vor Ort nicht in erster Linie darauf ankam, die Not in ihrem Zuständigkeitsbereich zu meistern, wobei abstrakte Vorschriften den realen Erfordernissen untergeordnet wurden.

Im fünften Kapitel wird ein quantitativer Überblick über die Zahl der Evakuierten in Bayern und darüber hinaus in ganz Deutschland geboten. Außerdem sollen hier eine Reihe von „Tiefenbohrungen“ durchgeführt werden, um mehr über die soziale Schichtung der Evakuierten zu erfahren. Da wir über die Altersstruktur, die Berufsgruppenschichtung und das Geschlechterverhältnis der Evakuierten nur sehr wenig wissen, ist die Überlieferung einer detaillierten Aufstellung über die Evakuierten, die bei Kriegsende im Landkreis Berchtesgaden untergebracht waren, geradezu ein Glücksfall.

Das Kapitel VI knüpft direkt an die Ergebnisse des vorhergehenden Kapitels an. Dabei wird die Lebenssituation der Evakuierten in Bayern nach 1945 ebenso untersucht wie die Ansätze für eine Evakuiertenpolitik, die jedoch unter dem Druck der Kriegsfolgen bald ergebnislos versandeten. Insbesondere wird danach zu fragen sein, was das Machtvakuum in den ersten Wochen nach der Kapitulation Deutschlands für die Evakuierten bedeutete, als es zu einer großen Rückwanderungswelle kam und erste behördlich organisierte Rücktransporte stattfanden. Welche Institutionen und Organisationen waren für die Evakuierten zuständig? Welche Rolle spielte die Militärregierung? Und schließlich: Wie veränderte der Flüchtlingszustrom die Perception des Evakuiertenproblems?

Das abschließende Kapitel VII ist zweigeteilt und untersucht die Evakuiertenpolitik und die soziale Lage der Evakuierten in der Bundesrepublik. Am Beispiel der sogenannten Würzburger Außenbürger werden die Lebensverhältnisse von Evakuierten bis in die 1950er Jahre verfolgt, ihre individuellen Bemühungen um die Rückkehr in ihre Heimat nachgezeichnet und ihre Unterstützung durch kommunale oder staatliche Stellen beschrieben. Ausgehend von der Untersuchung des Würzburger Beispiels als einem Kulminationspunkt des Evakuiertenproblems in Bayern werden schließlich die Genesis und der bayerische Beitrag zum Bundesevakuiertengesetz dargestellt und die Frage geklärt werden, warum es bis 1953 dauerte, bis es auch für die Behandlung des Evakuiertenproblems eine gesetzliche Regelung gab.

Die Geschichtswissenschaft hat das Evakuiertenproblem lange Zeit kaum beachtet. Allenfalls die Flüchtlingsforschung griff dieses Thema auf, ohne sich aber eingehend damit auseinanderzusetzen.²³ Eigentlich ist dieser Befund nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Evakuiertenfrage auch in der öffentlichen Auseinandersetzung mehr und mehr von der Flüchtlingsproblematik überlagert wurde und schließlich auch deshalb fast ganz in Vergessenheit geriet, weil die Evakuierten selbst schwiegen.²⁴ Während sich die Erlebnisberichte über Flucht und Vertreibung kaum noch zählen lassen, sucht man Erinnerungen von Evakuierten über ihr Schicksal als Opfer des Bombenkrieges, ihr Leben in der Fremde und ihre oft abenteuerliche Rückkehr in die zerstörte Heimat nahezu vergeblich.²⁵ Das liegt nicht zuletzt daran, daß es den Evakuierten nach 1945 nicht wie den Flüchtlingen und Vertriebenen gelang, ein leistungsfähiges Netz von Vereinen und politischen Gruppierungen aufzubauen, die ihre Interessen lautstark und wirkungsvoll vertraten.

Ein erster Schritt gegen das Vergessen war Ende der fünfziger Jahre die Veröffentlichung der mehrbändigen Reihe „Dokumente deutscher Kriegsschäden“, die vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte herausgegeben wurde und der noch heute die Funktion eines „Steinbruchs“ für die Forschung zukommt.²⁶ Die Dokumentation, die in enger Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Fliegergeschädigten, Evakuierten und Währungsgeschädigten entstand, hatte nicht zuletzt den Zweck, das Bewußtsein für das Evakuiertenproblem zu schärfen und die betroffenen Menschen stärker als bisher an den Leistungen der Kriegsfolgengesetzgebung teilhaben zu lassen. Die Bandbreite der Beiträge ist groß und reicht von einer eingehenden Darstellung des Luftkriegs über Deutschland, umfangreichem Zahlenmaterial, Erlebnisberichten bis hin zu einer Abhandlung über die ersten Wohnungsbaumaßnahmen für Evakuierte und einer ausführlichen Bibliographie. Ausgesprochen instruktiv sind die zahl-

²³ Vgl. beispielsweise Franz J. Bauer, *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950*, Stuttgart 1982, sowie Martin Kornumpf, *In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen*, München/Wien 1979.

²⁴ Sichtbarer Ausdruck des Umfangs der Flüchtlingsliteratur, wissenschaftlicher wie nicht-wissenschaftlicher Natur, ist das dickleibige Kompendium von Gertrud Krallert-Sattler, *Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz*, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung in Zusammenarbeit mit dem Sudetendeutschen Archiv und der AWR-Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem, München 1989.

²⁵ Zu den Erlebnisberichten von Flüchtlingen vgl. die Sammlung von Erika von Hornstein, *Die deutsche Not. Flüchtlinge berichten*, Köln/Berlin 1960.

²⁶ Vgl. Anm. 7. Die Reihe umfaßt fünf Bände, zwei Teilbände und zwei Beihefte und erschien zwischen 1958 und 1964.

reichen dort abgedruckten Dokumente, deren Fundort aber zumeist nicht angegeben wurde.

Eine grundlegende historische Studie über den Problemkomplex Evakuierung und Evakuierte erschien erst 1997. Der Verfasser, Michael Krause, nahm dieses „Phänomen [...] mitsamt seinen sozialen, politischen und ökonomischen Folgen“ in den Blick. Er versucht zu zeigen, warum es zu Evakuierungsmaßnahmen kam, wie diese geplant und verwirklicht wurden, welche Auswirkungen sie hatten und wie sich die Rückkehr der Evakuierten nach Kriegsende vollzogen hat.²⁷ Die Studie ist überregional angelegt und beruht zu einem Großteil auf ungedruckten Quellen. Das Eingangskapitel ist dem Bombenkrieg als auslösendem Moment der Evakuierung gewidmet, während sodann die verschiedenen Formen der Evakuierung dargestellt werden. In den umfangreichen Kapiteln, die sich mit der Nachkriegszeit beschäftigen, geht es um die frühen Ansätze zur politischen Bewältigung der Evakuiertenfrage, um die Interessenvertretungen der Evakuierten sowie um deren Lebensbedingungen und Chancen. Im letzten Kapitel wird die Genese des Bundesevakuiertengesetzes und seiner beiden Novellen detailliert beschrieben. Krause schildert minutiös, welche Überlegungen hinter den einzelnen Bestimmungen standen, wie groß das Dilemma angesichts der politisch motivierten Unterscheidung in Binnen- und Außenevakuierte war und wie um jede Nachbesserung gerungen werden mußte.

Die Studie von Krause hat die Evakuiertenforschung zweifelsohne auf eine neue Grundlage gestellt. Allerdings gibt es nach wie vor eine Reihe von Desideraten wie zum Beispiel die erfahrungsgeschichtliche Dimension der Evakuierung, die von Krause nur gestreift werden konnte. Den Anspruch, die „sozialen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Wirkungen im Hinblick auf die Betroffenen“ zu untersuchen, konnte Krause schon aufgrund seiner Quellenauswahl nur begrenzt einlösen. Er konzentrierte sich auf die Akten der zentralen Reichs- und Bundesbehörden, wertete aber Bestände regionaler und kommunaler Provenienz nur stichpunktartig und ohne systematische Auswahl- oder Auswertungskriterien aus. Wichtig ist überdies, daß die von Krause benutzten Stadtarchive sämtlich in vom Luftkrieg besonders stark betroffenen Regionen lagen, also zu den Entsendegebietern gehörten. Aus dieser Auswahl von Archiven und Quellenbeständen ergibt sich zweierlei: zum einen eine starke Konzentration auf die Zentralebene von Planung und Politik, während die Aktivitäten nachgeordneter Behörden nur vereinzelt thematisiert werden. Die Umsetzung der allgemeinverbindlichen evakuierungspolitischen Regelungen kommt dabei ebensowenig in den Blick wie die Interdependenz von Zentrum und Peripherie, der Ablauf der Evakuierungen und der Alltag der Evakuierten. Zum anderen kann Krause nicht viel darüber sagen, wie die umquartierten Menschen in den Orten aufgenommen wurden, die ihnen für unbestimmte Zeit Zuflucht und Obdach sein sollten. Die täglichen Reibereien zwischen Fremden und Einheimischen treten ebensowenig hervor wie lokale und regionale Konfliktlösungsstrategien und deren Rückwirkungen auf die „große“ Politik. Dadurch aber entsteht ein perspektivisch fragwürdiges Bild von der Reichweite der Evakuierungsmaßnahmen, ihrer Durchführung und ihren Folgen.

Mit der Frage nach den Folgen der Evakuierung und der konkreten Situation vor Ort hat sich Marie-Luise Recker bereits 1979 beschäftigt.²⁸ Auf der Basis von Berichten über die Stimmung in der Bevölkerung, die sie durch die von Heinz Boberach herausge-

²⁷ Krause, *Flucht*, S. 15.

²⁸ Vgl. Anm. 6.

gebenen „Meldungen aus dem Reich“ ergänzen konnte,²⁹ schilderte sie beispielsweise die Auswirkungen der verheerenden Luftangriffe auf Hamburg im Juli und August 1943, das Ausmaß der Zerstörungen, die Reaktion der Bevölkerung, die Unterbringung der Wohnungslosen und die Evakuierung der obdachlosen Hamburger, die in alle Richtungen zerstreut wurden. Dabei arbeitete Marie-Luise Recker klar heraus, was auch durch die vorliegende Arbeit bestätigt wird, daß sich die lokalen und regionalen Luftschutzmaßnahmen angesichts des Ausmaßes, das der Bombenkrieg 1942 anzunehmen begann, mehr und mehr als Farce erwiesen.

Die Räumungsmaßnahmen zu Beginn des Krieges, die ja als eine Art Probelauf für die großangelegten Evakuierungsaktionen der späteren Jahre gelten können, sind vergleichsweise gut erforscht. Zum einen liegt bereits seit 1984 eine knappe, aber grundlegende und ausschließlich aus den Quellen gearbeitete Darstellung von Hans-Walter Herrmann, dem Leiter des saarländischen Landesarchivs, über „Die Freimachung der Roten Zone 1939/40“ vor,³⁰ zum anderen ist auf die Untersuchung der Freiburger Historikerin Birgit Arnold über die Freimachung der badischen Grenzgebiete zu verweisen, die seit kurzem vorliegt.³¹ Herrmanns Darstellung lieferte neben einer ausführlichen Erörterung der Quellenlage erstmals eine konzise Darstellung über Organisation, Durchführung und Ende der Räumungen. Arnold ordnet die Räumungsmaßnahmen demgegenüber in einen größeren zeitlichen Zusammenhang ein und legt großen Wert darauf, die Entstehung der Räumungsrichtlinien aus den militärstrategischen Überlegungen und den Mobilmachungsplänen der Weimarer Zeit zu erklären. Der eigentliche Vorgang der Räumungen bleibt dagegen weitgehend im dunkeln, und auch die Frage, welche Erfahrungen die ersten Evakuierten machten und wie sie auf die Anregung des Reichskommissars für das Saarland und späteren Gauleiters Bürckel reagierten, der die Wiederbesiedlung der geräumten Zone nach nationalsozialistischen Vorstellungen vornehmen wollte, wird nicht beantwortet.

Die Literatur zum Thema Kinderlandverschickung ist umfangreicher, aber auch problematischer, da es sich meistens um Erlebnisberichte oder autobiographische Studien handelt, die verharmlosende, teilweise stark apologetische Züge tragen. Geradezu ein Musterbeispiel dieses Genres ist Gerhard Dabels „Dokumentation“ aus dem Jahre 1981, der die Kinderlandverschickung als „größten soziologischen Versuch aller Zeiten“ feierte.³² Dabel, der noch im Januar 1945 zum Leiter der Dienststelle KLV in der Reichsjugendführung ernannt wurde, versuchte nichts anderes, als sich und seine Arbeit durch die Betonung der sozialen Funktion der Kinderlandverschickung zu rechtfertigen. Die von Dabel gesammelten und in seiner „Dokumentation“ teilweise erstmals abgedruckten Quellen befinden sich inzwischen im Bundesarchiv in Koblenz;³³ sie können dort jederzeit eingesehen werden, so daß man sich die einseitigen und verharmlosenden Kommentierungen Dabels ersparen kann. Auch die von Martha Schlegel zusammengestellte Materialsammlung mit dem Anspruch einer zeitgeschichtlichen Dokumentation geht auffal-

²⁹ Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, hrsg. von Heinz Boberach, Neuwied/Berlin 1965.

³⁰ Hans-Walter Herrmann, Die Freimachung der Roten Zone 1939/40. Ablauf und Quellenlage, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend, 32 (1984), S. 64–89.

³¹ Birgit Arnold, Die Freimachung und Räumung der Grenzgebiete in Baden 1939/40, Heidelberg 1996.

³² Gerhard Dabel, KLV. Die erweiterte Kinderlandverschickung. KLV-Lager 1940–1945. Dokumentation über den „Größten Soziologischen Versuch aller Zeiten“, Freiburg 1981.

³³ BA, ZSg. 140, Bestand Dokumentationsgemeinschaft KLV.

lend unkritisch mit den Quellen aus der NS-Zeit um.³⁴ Die zahlreichen abgedruckten (Propaganda-)Photos mögen für manche, die an der Kinderlandverschickung teilnahmen, ein „nettes Fotoalbum“³⁵ sein, auf die Nachgeborenen muß die so vermittelte Idylle aber äußerst irritierend wirken.

Kritischer gehen Alfred Ehrentreich,³⁶ der selbst KLV-Lagerleiter war, und Claus Larass³⁷ mit dem Thema um. Sie beschreiben insbesondere die bedrohliche Situation, in der sich viele Lager im östlichen Reichsgebiet in der letzten Phase des Krieges befanden. Auf der Flucht vor der Roten Armee marschierten die Kinder und ihre Betreuer teilweise Hunderte von Kilometern in Richtung Heimat, nur allzuoft ging dabei jeder Zusammenhalt im allgemeinen Chaos verloren. Auch Jost Hermand begegnet der Kinderlandverschickung mit der gebotenen Distanz.³⁸ Der Autor hat selbst eine Odyssee durch die Lager hinter sich und berichtet in aller Offenheit vom Lageralltag, den er für die Traumatisierung einer ganzen Generation von Jugendlichen verantwortlich macht. Der militärische Drill, die rauen Lagersitten und die Trennung von den Eltern lassen in Hermands Augen keinen Zweifel daran, daß der Kinderlandverschickung vornehmlich die Aufgabe zugeordnet war, aus Jugendlichen Soldaten zu machen.

In jüngster Zeit sind zwei wissenschaftliche Untersuchungen zum Problemfeld Kinderlandverschickung erschienen, die sich vor allem durch eine breite Quellenbasis auszeichnen. Carsten Kressel hat eine vergleichende Studie über die Evakuierung in England und Deutschland von 1939 bis 1945 vorgelegt.³⁹ Wenngleich die Studie Schwächen hat, da Kressel auf deutscher Seite lediglich die Evakuierungsmaßnahmen im Rahmen der Erweiterten Kinderlandverschickung behandelt und sich immer wieder in Details aus der Geschichte der bevorzugt untersuchten Städte Liverpool und Hamburg verliert, ist diese Arbeit aus zwei Gründen lesenswert: zum einen wegen des vergleichenden Ansatzes, der Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Planung, Durchführung und Propaganda deutlich werden läßt, und zum anderen, weil sie alltags- und erfahrungsgeschichtliche Aspekte in die Darstellung einbezieht, die bisher kaum behandelt worden sind.

Gerhard Kock dagegen hat es sich zum Ziel gesetzt, eine umfassende Untersuchung über die Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg vorzulegen und den Mythos von der Kinderlandverschickung als einer in erster Linie humanitären Aktion zu zerstören.⁴⁰ Kock veranschaulicht anhand konkreter Personen und Organisationen das Ringen

³⁴ Von der Nordseeküste in die Kinderlandverschickung 1940–1945. Zeitgeschichtliche Dokumentation, zusammengestellt und bearb. von Martha Schlegel, Oldenburg 1996.

³⁵ Carla Palm, Rezension von: Von der Nordseeküste in die Kinderlandverschickung 1940–1945. Zeitgeschichtliche Dokumentation, zusammengestellt und bearb. von Martha Schlegel, Oldenburg 1996, in: FAZ vom 13. 8. 1996.

³⁶ Alfred Ehrentreich, Dresdner Elegie. Schule im Krieg. Die Kinderlandverschickung im Dritten Reich, Brackwede bei Bielefeld 1985.

³⁷ Claus Larass, Der Zug der Kinder. KLV – Die Evakuierung 5 Millionen deutscher Kinder im 2. Weltkrieg, München 1983. Larass' Darstellung enthält allerdings leider keine Anmerkungen und beruht, wie Gerhard Kock, „Der Führer sorgt für unsere Kinder. . .“. Die Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg, Paderborn u. a. 1997, S. 21, festgestellt hat, überwiegend auf den von Gerhard Dabel gesammelten Materialien.

³⁸ Jost Hermand, Als Pimpf in Polen. Erweiterte Kinderlandverschickung 1940–1945, Frankfurt am Main 1993.

³⁹ Carsten Kressel, Evakuierungen und Erweiterte Kinderlandverschickung im Vergleich. Das Beispiel der Städte Liverpool und Hamburg, Frankfurt am Main u. a. 1996.

⁴⁰ Vgl. Anm. 37.

um Macht und Einfluß und zeigt am Beispiel der Kinderlandverschickung exemplarisch, wie die Nationalsozialisten selbst die „Erosion der eigenen Machtgrundlagen“ förderten. Neben der ausführlichen Darstellung der zentralen Organisation und der Regelungen der Kinderlandverschickung geht Kock auch auf die konkrete Abwicklung der Evakuierungsmaßnahmen und das Leben in den KLV-Lagern ein, um die erfahrungsgeschichtlichen Aspekte der Kinderlandverschickung aufzuzeigen. Zu diesem Zweck wertete er einschlägige Bestände in staatlichen, kommunalen und kirchlichen Archiven aus. Auch wenn Kocks These, die Verschickungen hätten im Sommer 1941 ihren Höhepunkt erreicht und dann „rapide“ abgenommen, an der Realität vorbeigeht,⁴¹ ist seine Untersuchung eine Bereicherung für die Forschung.

Gedruckte Quellen, die sich ausschließlich mit dem Evakuiertenproblem befassen, gibt es nicht, so daß man sich mit der Auswertung von zeitgenössischen Materialien und zentralen Editionen und Dokumentationen zur Geschichte des Dritten Reiches behelfen muß. Die wichtigsten Anordnungen und Erlasse wurden im Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Inneren (RMBliV, ab 1941 MBliV) veröffentlicht. Über die Entstehung und die Hintergründe dieser Verordnungen finden sich viele wertvolle Hinweise in den von Elke Fröhlich herausgegebenen Tagebüchern von Joseph Goebbels; in ihnen gibt es auch reichlich Material, das nicht zuletzt Hitlers Rolle in der Evakuierungspolitik beleuchtet und die schleichende Usurpation evakuierungspolitischer Ämter durch Goebbels selbst deutlich werden läßt.⁴² Nicht weniger bedeutsam sind die ebenfalls im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte herausgegebenen Akten der Parteikanzlei, die bisher unbekannte Dokumente zur Geschichte der Räumungen enthalten und die geradezu unverzichtbar sind, will man die Genesis neuer Ämter und Dienststellen wie der Reichsinspektion zur Durchführung ziviler Luftkriegsmaßnahmen oder des Luftkriegsschädensauschusses nachzeichnen.⁴³ Als hilfreich erwiesen sich auch die von Heinz Boberach unter dem Titel „Meldungen aus dem Reich“ herausgegebenen geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, die etwa über die Reaktion der Bevölkerung auf die Evakuierungsmaßnahmen Auskunft geben, über die Umsetzung zentraler Weisungen, die Reserviertheit der Eltern gegenüber der Kinderlandverschickung oder über die Schwierigkeiten des Zusammenlebens von Einheimischen und Evakuierten; vereinzelt finden sich hier auch Statistiken über den Umfang der Evakuierungen, die nirgends sonst überliefert sind.⁴⁴

Da das Evakuiertenproblem nach 1945 fast vollständig von der Flüchtlingsfrage überlagert wurde, gibt es kaum zeitgenössische Publikationen, die sich als historische Quelle

⁴¹ Kock, *Kinderlandverschickung*, S. 139f. Kocks Fehleinschätzung beruht auf der Auswertung einer ungeeigneten Statistik. Der Rückgang der Verschickungszahlen im Herbst 1941 und die vergleichsweise geringe Zahl bis zum Frühjahr 1942 sind auf die übliche „Winterpause“ der KLV zurückzuführen.

⁴² Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I: Sämtliche Fragmente – Aufzeichnungen, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv hrsg. von Elke Fröhlich, 4 Bände, München u. a. 1987, erweiterte Neuauflage: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich, Band 9: Dezember 1940–Juli 1941, München 1998, und Teil II: Diktate 1941–1945, 15 Bände, München u. a. 1993–1996.

⁴³ Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Teil I, bearb. von Helmut Heiber, 3 Bände, München u. a. 1983, Teil II, bearb. von Peter Longerich, München u. a. 1992.

⁴⁴ *Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, hrsg. und eingeleitet von Heinz Boberach, 17 Bände, Herrsching 1984.

nutzen lassen. Lediglich einige kleinere Schriften, die sich zwar hauptsächlich mit der Situation der Heimatvertriebenen befassen, enthalten im statistischen Teil verwertbare Angaben zum Themenkomplex Evakuierung. Dabei handelt es sich zumeist um Veröffentlichungen des bayerischen Staatskommissariats für das Flüchtlingswesen, die entweder aus der Feder von Wolfgang Jaenicke persönlich oder seines bienenfleißigen Statistischen Beraters Martin Kornrumpf stammen. Zahlreiche Informationen zur Evakuierungsfrage finden sich auch in der „Selbsthilfe“, dem seit 1946 vierzehntägig erscheinenden Verbandsorgan des Zentralverbands der Fliegergeschädigten, Evakuierten und Währungs geschädigten.

Die „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ enthalten dagegen nur sehr spärliche Hinweise auf die Behandlung der Evakuierten in der Nachkriegszeit.⁴⁵ Ähnlich verhält es sich mit den stenographischen Sitzungsprotokollen und den Berichten des Flüchtlingsausschusses des bayerischen Landtags, die lediglich einige Anhaltspunkte über die Berücksichtigung der Evakuierten beim sozialen Wohnungsbau oder bei der Einbeziehung in die Soforthilfe liefern.

Die wichtigste Basis der vorliegenden Studie bilden ungedruckte Quellen und Archivalien, wobei sich im Laufe der Recherchen vier Schwerpunkte ergeben haben: die Bestände der obersten Reichs- bzw. Bundesbehörden im Bundesarchiv, das Schriftgut der mittleren Verwaltungsebene im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, die regionale Überlieferung in den bayerischen Staatsarchiven und dem Staatsarchiv Münster sowie die Akten kommunaler Stellen in ausgewählten Stadtarchiven.

Der Bestand Statistisches Reichsamt (R 24), der sich in der Abteilung II des Bundesarchivs in Berlin befindet, enthält mit den laufend erstellten Evakuiertenstatistiken für den Zeitraum September 1943 bis Januar 1945 Dokumente, die für die vorliegende Untersuchung von eminenter Bedeutung sind, da sie Auskunft geben über die Herkunft der Evakuierten und den Aufnahmeort, den geplanten und tatsächlichen Stand der Evakuierungsmaßnahmen und zudem zwischen den verschiedenen Evakuiertentypen unterscheiden.

In der Abteilung I des Bundesarchivs in Koblenz sind die Bestände des Deutschen Städtetages (B 105), des Bundesministeriums für Wohnungsbau (B 134) und des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (B 150) einschlägig. Sie erhellen insbesondere die Genesis der Evakuiertengesetzgebung in der Bundesrepublik. Der Nachlaß Jaenicke (NL 1135) gibt Aufschluß über allgemeine Probleme der Flüchtlings- und Evakuiertenpolitik in Bayern; ein Schwerpunkt seiner Arbeit scheint das Evakuiertenproblem aber nicht gewesen zu sein.⁴⁶

Als wesentlich ergiebiger haben sich die Bestände der bayerischen Ministerien und Zentralbehörden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv erwiesen. So lassen sich etwa erfahrungsgeschichtliche Aspekte der Evakuierung aus den monatlichen Berichten der Regierungspräsidenten rekonstruieren. Für die NS-Zeit ist der Bestand Reichsstatthalter Epp

⁴⁵ Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, 5 Bände, München/Wien 1976–1983; im folgenden abgekürzt: AVBRD.

⁴⁶ Jaenicke scheint überhaupt kein Freund der Evakuierten gewesen zu sein, die er wiederholt angriff. Jaenicke stand ganz auf dem Standpunkt, daß die Evakuierten nur ein Hindernis für die erfolgreiche Aufnahme und Integration der Flüchtlinge seien. Vgl. dazu: AVBRD, Band II, S. 557ff., Rede Jaenickes „Die deutsche Flüchtlingsnot“ auf der Ministerpräsidentenkonferenz in München am 6./7. 6. 1947.

mit seinen Materialien zur Kinderlandverschickung (etwa einer nicht ganz vollständigen Serie der „KLV-Mitteilungen“) besonders instruktiv. In den Beständen des Finanz-, Innen-, Kultus- und Wirtschaftsministeriums, die kriegsbedingte Lücken aufweisen, befinden sich dagegen nur vereinzelte Hinweise zum Thema Evakuierung und Kinderlandverschickung.

Wertvolles Material über die Evakuiertenfrage in der Nachkriegszeit ist in dem umfangreichen Bestand Landesflüchtlingsverwaltung (LFV) enthalten, wenn es auch nicht ganz einfach zu erschließen ist, da die Bemühungen um die Versorgung und Integration der Flüchtlinge das Evakuiertenproblem schon früh in den Hintergrund treten ließen. Gut dokumentiert sind die Bemühungen um den Austausch der Evakuierten zwischen den Besatzungszonen, und auch das Schicksal der KLV-Lager, für die in Bayern ein „Bauftragter für die Auflösung der Heime der verlegten Schulen“ bestellt wurde, läßt sich aus den Akten des Kultusministeriums und der Staatskanzlei nachzeichnen.

Mit der langsamen Intensivierung der Evakuiertenpolitik Ende der 40er Jahre setzt auch ein breiterer Überlieferungsstrom ein. Vor allem in den Beständen der Staatskanzlei (StK; StK-GuV) und des Innenministeriums finden sich neben privaten Eingaben, die viel über die Lebensumstände der Evakuierten und ihren Rückkehrwillen aussagen, auch Dokumente über Initiativen für eine behördlich gelenkte Rückführung der Evakuierten, Überlegungen zu einem überregionalen Ausgleich, über Zuzugs- und Aufenthaltsbestimmungen, Entschädigungsfragen oder Wohnungsbauprogramme für Ausgebombte. Schließlich gilt es noch, die Protokolle des Bayerischen Ministerrats zu erwähnen, die sich außer in den Beständen der Staatskanzlei auch in verschiedenen Nachlässen finden und für die Amtsperiode der Kabinette Schäffer und Hoegner I inzwischen auch in edierter Form vorliegen.⁴⁷

Das Prädikat „besonders wertvoll“ verdient die „Sammlung Kornrumpf“, die in der Abteilung Nachlässe und Sammlungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs aufbewahrt wird. Martin Kornrumpf, Statistischer Berater beim Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, hat eine ungeheure Menge Material zum Thema Flüchtlinge und Vertriebene zusammengetragen und galt zurecht als einer der besten Kenner der Materie. Viele seiner Aufstellungen, Statistiken und Schaubilder nehmen Bezug auf das Evakuiertenproblem, dessen quantitative und sozialstatistische Dimension sich für Bayern daher vergleichsweise gut fassen läßt.

Als wahre Fundgrube für die Geschichte der Evakuierung im Zweiten Weltkrieg erwiesen sich auch die Bestände der Staatsarchive in München, Nürnberg, Landshut und Würzburg in Bayern sowie Münster in Nordrhein-Westfalen. Während in den bayerischen Staatsarchiven vor allem die Akten der Landratsämter ausgewertet wurden, fanden sich im Staatsarchiv Münster zahlreiche Dokumente des NSV-Gauamts Westfalen-Nord, also Akten, die sonst vielfach verschollen sind. Da die Evakuierten aus dem Gau Westfalen-Nord im Gau München-Oberbayern aufgenommen werden sollten, ergänzen sich die Bestände der Staatsarchive Münster und München in idealer Weise.

Die vierte tragende Säule der vorliegenden Studie bilden Quellen aus ausgewählten Stadtarchiven, wobei an erster Stelle die Stadtarchive in München, Nürnberg und Würz-

⁴⁷ Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954: Das Kabinett Schäffer – 28. Mai bis 28. September 1945, bearb. von Karl-Ulrich Gelberg, München 1995, sowie Das Kabinett Hoegner I – 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946, bearb. von Karl-Ulrich Gelberg, München 1996.

burg zu nennen sind. Während sich für München aus den Akten des Referats für die Stadtverteidigung, des Schulamts, des Wohnungsamts, des Sozialamts und aus den Stadtratsprotokollen ein genaues Bild der Bewältigung der Luftkriegsfolgen und der Evakuierung während des Zweiten Weltkriegs zeichnen läßt, können durch die Auswertung einschlägiger Bestände in den Stadtarchiven Nürnberg und Würzburg völlig neue Erkenntnisse über die Situation der evakuierten Nürnberger und Würzburger Bürger in der Nachkriegszeit gewonnen werden. Die Stadt Würzburg tat sich dabei durch ihre besondere Fürsorge für ihre Außenbürger hervor; sie unterhielt eine laufende Evakuiertenkartei und richtete noch 1951 eine städtische Betreuungsstelle ein. Der Würzburger Bürgermeister Franz Stadelmayer setzte sich überdies bei den zuständigen Regierungsstellen und beim Bayerischen Städteverband für die Belange der Evakuierten ein. Es ist geradezu ein Glücksfall, daß der spätere ZVF-Funktionär Karlheinz Kugler Ende November 1952 eine Diplomarbeit über die Situation der Würzburger Außenbürger verfaßte,⁴⁸ wobei ihn die Stadtverwaltung tatkräftig unterstützte. Kugler, ein Volkswirt, ging damit Fragen nach, die andernorts niemals gestellt wurden. Die Würzburger Überlieferung ist für die vorliegende Arbeit nicht zuletzt deshalb von so großer Bedeutung, weil Recherchen zu anderen „Brennpunkten des Evakuiertenproblems“ in Bayern zu keinem befriedigenden Ergebnis führten. Erfolglos blieben auch Bemühungen, die Akten des Roten Kreuzes einzusehen; bis auf Ingolstadt und Landsberg unterhalten die Geschäftsstellen keine Archive.

Abschließend sei noch auf zwei Bestände hingewiesen, die jedoch letztlich nicht das gehalten haben, was man sich anfangs davon versprechen konnte: das Schriftgut des Zentralverbands der Fliegergeschädigten, Evakuierten und Währungsgeschädigten im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und die Akten des Office of Military Government for Bavaria (OMGBY), die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Institut für Zeitgeschichte eingesehen werden können. Gerade dieser Bestand hat sich für die Erforschung des Evakuiertenproblems nach 1945 als überraschend unergiebig erwiesen. Aus den Provenienzen Land Director und Intelligence Division sowie aus den Historical Reports läßt sich der Einfluß der amerikanischen Militärregierung auf die Evakuiertenpolitik und dabei insbesondere auf den interzonalen Evakuiertenaustausch aber zumindest ansatzweise erschließen.

⁴⁸ StadtA Würzburg, Bibliothek, Sb 20/8, Karlheinz Kugler, Das Umsiedlungsproblem der Würzburger Außenbürger, Manuskript, Würzburg 1952.

II. Probelauf und Improvisation: Evakuierungsmaßnahmen in den ersten Kriegsjahren 1939–1942

1. Die Freimachung der Westgrenze im Sommer 1939

Am 1. September 1939 überfielen deutsche Truppen Polen. Die Konzentration der deutschen Armeen im Osten brachte es mit sich, daß an der Grenze zu Frankreich nur die schwachen Divisionen der Heeresgruppe C standen, deren Kampfkraft kaum ausreichend erschien, um einem französischen Angriff Paroli bieten zu können. Schon aus diesem Grund mußten die zuständigen Reichsbehörden bemüht sein, Vorkehrungen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu treffen. Wie die Berichterstatter der Exil-SPD meldeten, war man dabei jedoch nur begrenzt erfolgreich:

„Trotz dieser frühzeitig durchgeführten [*militärischen*] Maßnahmen waren die Vorbereitungen vor allem hinsichtlich der Zivilbevölkerung im Westen keineswegs abgeschlossen, als der Krieg ausbrach. Insbesondere ist die Evakuierung der Zivilbevölkerung im Rheinland reichlich spät und offenbar wenig planmäßig erfolgt. Seit dem 6. Oktober werden allabendlich [. . .] über den Berliner Sender ‚Suchberichte‘ ausgegeben, in denen bestimmte Personen aus den evakuierten Gegenden um Angabe ihrer jetzigen Adresse ersucht werden. [. . .] Die Verteilung der Menschen über das Reich ist offensichtlich so willkürlich erfolgt, daß man keine Unterlagen darüber hat, wo sich die Leute befinden.“¹

Da es sich bei diesen Aktionen um die ersten kriegsbedingten Evakuierungsmaßnahmen handelte, die gleichsam einen Vorlauf für die zwei Jahre später einsetzenden Luftkriegsevakuierungen darstellten, und da es zahlreiche Berührungspunkte in der Organisation und Durchführung der beiden „Umsiedlungen“ gab, sollen die Vorgänge Ende August/Anfang September 1939 hier etwas genauer dargestellt werden.²

Ein grundlegender Unterschied zwischen den Räumungsmaßnahmen im Westen, von denen mehr als eine halbe Million Menschen betroffen waren,³ und den später einsetzenden Luftkriegsevakuierungen, die mindestens sechs Millionen Menschen dazu zwangen, ihre Heimatstädte zu verlassen,⁴ bestand darin, daß für erstere bereits seit den frühen zwanziger Jahren Planungen angestellt wurden, während letztere bei den deutschen Kriegsvorbereitungen völlig vernachlässigt blieben. Die frühen Planungen für Räumung und Freimachung der westlichen und östlichen Grenzgebiete änderten sich zwar immer wieder grundlegend, und insbesondere die Zielgruppe wechselte; das tat indessen dem

¹ Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, 7 Bände, Salzhausen/Frankfurt am Main 1989, hier Band 6, S. 973 f., Bericht über „Die Situation im Westen“ vom 24. 10. 1939.

² Die Räumungsmaßnahmen an der deutsch-polnischen Grenze wurden bisher nicht bearbeitet, so daß sich die folgende Darstellung nur auf die Vorgänge in den westlichen Grenzgebieten konzentriert.

³ Marie-Luise Recker, Wohnen, S. 408.

⁴ Krause, Flucht, S. 182.

Ernst und der Beharrlichkeit, mit der die Thematik seit 1924 erörtert wurde, keinen Abbruch. In der wissenschaftlichen Literatur herrscht sogar der Tenor vor, daß in bezug auf die Räumungsmaßnahmen an der Westgrenze „schon zuvor [. . .] alles vorbereitet worden“ war.⁵

Bedingt durch die militärische Schwäche des Deutschen Reichs, das aufgrund des Versailler Vertrags nur 100 000 Berufssoldaten unter Waffen halten durfte und auf eine eigene Luftwaffe ebenso verzichten mußte wie auf schwere Artillerie, spielte der Räumungsgedanke in der Weimarer Republik eine große Rolle. Denn im Falle eines Krieges konnte mit Streitkräften dieser Stärke bestenfalls ein Teil des Reiches verteidigt werden. Entsprechend sah die Verteidigungsstrategie der Heeresleitung vor, nur das deutsche Kernland zu halten, einen breiten Landstreifen im Westen und die Gebiete östlich der Oder und der Görlitzer Neiße dagegen mehr oder weniger kampfflos preiszugeben. Jene Landstriche, die von den deutschen Militärstrategen von vorneherein abgeschrieben oder für potentielles Kampfgebiet gehalten wurden, sollten allerdings nicht unpräpariert aufgegeben, sondern entweder vollständig freigemacht oder nur teilweise und vorübergehend geräumt werden.⁶ Die Räumung hielt man dabei für die wahrscheinlichere Möglichkeit. Die Zivilbevölkerung sollte dabei von den Rückführungsmaßnahmen am allerwenigsten betroffen sein. Vorgesehen war, daß aus den gefährdeten Zonen in erster Linie alles wegzuschaffen war, was dem Feind irgendwie nützlich sein oder ihm in die Hände spielen konnte, also industrielle Fertigungsanlagen, Warenlager und Munitionsdepots, Pferde, Gespanne, wichtige Dokumente und schließlich auch ein Teil der Beamtschaft. Die zurückbleibende unbewaffnete Bevölkerung sollte nach einem Konzept Joachim von Stülpnagels aus dem Jahr 1924⁷ passiven Widerstand bis hin zum Guerillakrieg leisten und – salopp gesagt – den Besatzern das Leben möglichst schwermachen.⁸

Dieses Konzept wurde auch nach 1933 zunächst beibehalten. Erst im Zuge der seit 1935 einsetzenden offenen Aufrüstungspolitik des NS-Regimes und nach den ersten Mobilmachungsplänen⁹ wurden die defensiven Strategien aus den Weimarer Jahren schrittweise umgewandelt. Das traf auch auf die geplanten Räumungsmaßnahmen zu: Während man früher im Westen den größten Teil der heutigen Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Hessen, das gesamte rheinland-pfälzische Gebiet, das Saarland und einen Großteil des heutigen Baden-Württemberg im Kriegsfall nicht halten zu können glaubte¹⁰ und im Osten die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie und teilweise bis nach Nordbayern verloren gab, war das Ziel nun, all diese Gebiete zu verteidigen. Das bedeutete aber, daß nicht mehr in erster Linie materielle Güter und wehrpflichtige Personen aus den Kampf-

⁵ So z. B. Erich Hampe, *Der Zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsberichte über Aufbau und Einsatz*, Frankfurt am Main 1963, S. 417.

⁶ Zur Definition der Begriffe vgl. Arnold, *Freimachung*, S. 4 f.

⁷ Joachim von Stülpnagel, *Gedanken über den Krieg der Zukunft*, Vortrag vor Offizieren des Reichswehrministeriums am 26. 6. 1924; BA Militärarchiv Freiburg, Depot Stülpnagel N 5/10.

⁸ Über das von Joachim von Stülpnagel vertretene „Volkskrieg“-Konzept vgl. genauer Arnold, *Freimachung*, S. 6 ff., sowie Michael Geyer, *Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936*, Wiesbaden 1980, S. 81 u. S. 85–89.

⁹ Eine erste Übersicht über die Belegungsfähigkeit der Ortschaften des Reichsgebiets für etwaige Truppenübungen ordnete das Reichswehrministerium im Januar 1935 an. Die Durchführung lag bei den Wehrkreiskommandos, die sich der Unterlagen der Zivilbehörden bedienen sollten. Vgl. Mitteilung des Wehrkreiskommandos VII an die Bezirksämter rechts des Rheins, StA München, LRA Miesbach 149716.

¹⁰ Arnold, *Freimachung*, S. 20.

zonen verlagert werden mußten, sondern vielmehr die gesamte Zivilbevölkerung, die die kämpfenden Truppen nur behindern konnte und deren Häuser zur Einquartierung von Wehrmächtsangehörigen gebraucht wurden. Den modernen Waffen, die in diesem Krieg zur Anwendung kommen würden, hatte sie ohnehin nichts entgegenzusetzen, so daß das Stülpnagelsche „Volkskrieg“-Konzept obsolet geworden war. Die Freimachung der Grenzgebiete hatte also in erster Linie militärstrategische Gründe.

Prekär wurde die Situation an der Westgrenze erstmals im Frühsommer 1938 im Zusammenhang mit der Sudetenkrise.¹¹ Ein kriegerischer Konflikt war durch Hitlers aggressive und erpresserische Politik zum Greifen nahe, ein Einmarsch alliierter Truppen in Baden und in der Pfalz schien unmittelbar bevorzustehen. Ein Lagebericht der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe stellte eine „Kriegspsychose“ in der Bevölkerung fest,¹² einzelne Bewohner schmiedeten schon Umsiedlungspläne. Ein Industrieller aus der Pfalz schrieb darüber:

„Als es uns hier an der Grenze im Jahre 1938 aus verschiedenen Anzeichen und behördlichen Maßnahmen zur Gewißheit wurde, daß über kurz oder lang ein Krieg ausbricht und daß dann die im Westwall gelegene Heimatstadt Pirmasens geräumt werden muß, habe ich mit größter Beschleunigung das Haus in Tegernsee *nur zu dem Zweck* gebaut, um für meine Familie eine sichere Zufluchtstelle zu haben [. . .].“¹³

Eine staatliche Räumung der Grenzgebiete wurde von Hitler in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Wehrmacht untersagt.¹⁴ Über die Gründe dafür kann nur spekuliert werden, ein Motiv war aber sicherlich, daß eine großangelegte Freimachung zu diesem Zeitpunkt mangels ausreichender Vorbereitungen kaum durchführbar gewesen wäre. Offensichtlich machten sich Teile der Grenzbevölkerung aber selbständig auf den Weg ins Innere des Reichs, wie General Jodl in seinem Diensttagebuch vermerkte.¹⁵ Das Thema Räumung blieb dennoch akut, auch wenn es ganz gegen Hitlers eigentliche Absichten 1938 noch nicht zu einer militärischen Auseinandersetzung kam. Der Generalstab des Heeres nahm sich der Sache an, denn Hitlers Kriegslust ließ frühzeitige Planungen für die Zukunft geboten erscheinen.¹⁶

Freilich hatten sich die Kompetenzen für Räumungs- und Freimachungsmaßnahmen inzwischen deutlich verlagert: Ursprünglich waren sie die Sache des Militärs und Teil der operativen Planungen gewesen. Das Oberkommando des Heeres sollte den Freimachungsbefehl geben sowie den genauen Beginn und die räumliche Ausdehnung der Räumungsmaßnahmen bestimmen. Die Wehrkreiskommandos leiteten die gesamte Aktion

¹¹ Zu den genauen Zusammenhängen vgl. ebenda, S. 53–59.

¹² Bericht des Generalstaatsanwalts Karlsruhe vom 16. 12. 1938, in: Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940, bearb. von Jörg Schardt, Stuttgart u. a. 1976, S. 283.

¹³ StA München, LRA Miesbach 149724, Eingabe des Industriellen Hans Schön, Pirmasens, an die Kreisleitung Miesbach vom 15. 8. 1944; Rechtschreibfehler und Hervorhebungen im Original belassen.

¹⁴ Hitler setzte ganz auf die Abwehr durch die Befestigungsbauten am Westwall, die zu dieser Zeit allerdings noch einer riesengroßen Baustelle glichen und im Ernstfall wenig genützt hätten. Vgl. Arnold, Freimachung, S. 55 f.

¹⁵ IfZ-Archiv, Nürnberger Dokumente, PS 1780, Eintrag vom 28. 9. 1938: „Anzeichen einer Flüchtlingsbewegung im Westen mehren sich.“

¹⁶ Arnold, Freimachung, S. 57 f., sieht in der Wiederaufnahme der Räumungsplanungen von seiten des Militärs den verzweifelten Versuch der Generäle, Einfluß auf die Entscheidungen Hitlers und letztlich das Mitspracherecht bei der Entscheidung über Krieg und Frieden anzumelden.

und konnten sich bei der Durchführung der zivilen Verwaltung und zur logistischen Unterstützung auch der Verkehrsverwaltung bedienen.¹⁷ Nachdem Hitler Oberbefehlshaber geworden war, wurden auch Parteileute vom Blockführer bis zum Kreisleiter und verschiedene Parteioorganisationen wie die NS-Frauenschaft und insbesondere die NSV beteiligt. Schließlich wurde im Juni 1939¹⁸ sogar ein eigenes politisches Amt geschaffen, das sich vorübergehend zur zentralen Instanz für die Räumungsangelegenheiten entwickelte und teilweise die Befehlsgewalt über die mittleren Verwaltungsbehörden übernahm: Der sogenannte Freimachungskommissar – in der Regel wurden die Gauleiter mit diesem Amt betraut – hatte dieselbe Funktion wie die späteren Reichsverteidigungskommissare; er „sicherte [...] der Partei die Koordination und Lenkung der zivilen Reichsverteidigung und sperrte gleichzeitig die Wehrmacht von ihr aus“.¹⁹

Daß diese Kompetenzverschiebungen, die sich auch in den „Richtlinien für die Freimachung des Kampfgebiets im Westen“ vom Juni 1939 niederschlugen,²⁰ die Realisierung der Räumungsmaßnahmen im Spätsommer 1939 sehr erschwerten, liegt auf der Hand. Die bereits seit Jahren mit Räumungsangelegenheiten befaßten Stellen des Militärs und der inneren Verwaltung, also die Wehrkreiskommandos, die Landräte und die Oberbürgermeister, wurden teilweise ihrer Zuständigkeiten enthoben und durch eine Reihe von Dilettanten und ämterstüchtigen, aber inkompetenten Parteileuten ersetzt. Schließlich trug auch Hitlers schwankende Haltung bei der Räumung der Westgrenze unmittelbar vor Kriegsausbruch dazu bei, daß die Planungen und Vorarbeiten nur totes Papier blieben. Der „Führer“ gab am Morgen des 25. August 1939 seine Zustimmung zur Räumung der sogenannten Roten Zone des Wehrkreises XII, also des pfälzischen und saarländischen Grenzgebietes in einem Streifen von ca. fünf Kilometern Breite. Am Abend desselben Tages zog er sie wieder zurück, um sich aber schließlich doch eines Besseren zu besinnen.²¹ Die endgültige Auslösung der Räumungsmaßnahmen erfolgte erst am 2. September, zu einem Zeitpunkt also, als in Frankreich und Großbritannien bereits die Generalmobilmachung angelaufen war.²²

Bis dahin waren aber schon mehrere hunderttausend Menschen aus den gefährdeten westlichen Grenzgebieten ins Innere des Reiches geflohen,²³ die sich von übereifrigen Parteigenossen als „Kofferpatrioten“ beschimpfen lassen mußten.²⁴ Diejenigen, die das kriegsgefährdete Grenzgebiet auf eigene Faust verließen, machten damit auch ihrerseits

¹⁷ Ebenda, S. 62.

¹⁸ Ebenda, S. 62 und S. 64f. Über die genaueren Umstände der Einrichtung und die Aufgaben des Freimachungskommissars erwähnt Arnold nichts; auffällig ist m. E., daß das Amt mit einer Reihe von Kompetenzen ausgestattet war, die bei Kriegsbeginn den Reichsverteidigungskommissaren zugesprochen wurden. Vgl. dazu Karl Teppe, *Der Reichsverteidigungskommissar. Organisation und Praxis in Westfalen*, in: *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System*, hrsg. von Dieter Rebenitsch und Karl Teppe, Göttingen 1986, S. 278–301.

¹⁹ Teppe, *Reichsverteidigungskommissar*, S. 278.

²⁰ Arnold, *Freimachung*, S. 53–75.

²¹ Über die genauen Umstände und Vorgänge vgl. Arnold, *Freimachung*, S. 76–86.

²² Ebenda, S. 85.

²³ Arnold, ebenda, spricht von rund 370 000 Personen, die sich selbständig auf den Weg machten; dies entspräche rund der Hälfte der in der Roten Zone des Wehrkreises XII ansässigen Bevölkerung.

²⁴ Saarbrücker Zeitung vom 2. 9. 1939: „Vor zwanzig Jahren an der Saar: Die ‚Rote Zone‘ wurde evakuiert. Hunderttausende mußten die Heimat verlassen“, zit. nach *Dokumente deutscher Kriegsschäden*, Band III, S. 666.

die Räumungsplanungen zunichte; ihre Umquartierung auf ordentlichem Wege wäre aus Zeitmangel aber wohl ohnehin nicht mehr möglich gewesen. Der Ernst der Lage war der Bevölkerung trotz strikter Geheimhaltung insbesondere durch den Abtransport verschiedener Personengruppen in den letzten Augusttagen bewußt geworden: Es wurden nämlich Krankenhäuser, Heil- und Pflegenanstalten sowie Gefängnisse geräumt und kranke und alte Menschen, schwangere Frauen und schließlich Mütter mit Kleinkindern aus den gefährdeten Städten und Landgemeinden evakuiert.²⁵

Die amtliche Umquartierung der übrigen Bevölkerung wurde dann innerhalb eines einzigen Tages abgewickelt.²⁶ Das Armeekommando I gab den Freimachungsbefehl an den Freimachungskommissar bei der Gauleitung bzw. den Gauleiter selbst weiter, dieser verständigte die Landräte, und erst dann gelangte die Nachricht, daß die Räumungsmaßnahmen ausgelöst worden waren, zu den Bürgermeistern und Ortsgruppenleitern der betroffenen Orte. Dort waren wenige Tage zuvor versiegelte Pakete eingegangen, die die Freimachungsrichtlinien und den sogenannten Freimachungskalender, der den genauen zeitlichen Ablauf der Räumungsmaßnahmen vorschrieb, enthielten, und die nun geöffnet werden durften. Die Ortsgruppenleiter schwärmten hierauf sofort aus und unterrichteten die Bevölkerung vom bevorstehenden Abmarsch. Größte Eile war geboten, denn schon nach vier Stunden mußte bei den sogenannten Mobilisierungs-Beauftragten (Mob.-Beauftragten) der Kreisleitungen Bericht erstattet werden. Überstürzt packten die größtenteils unvorbereiteten Bewohner ihre Koffer; mehr als 15 kg durfte das Räumungsgepäck nicht wiegen. Zwar hatte es seit längerer Zeit Gerüchte über die bevorstehende Räumung gegeben; da diese aber immer wieder dementiert worden waren, kam die Nachricht vom Anlaufen der Evakuierungsmaßnahmen nun doch überraschend. Es war daher kein Wunder, daß oft in der großen Eile zwar Haustiere und das eine oder andere Stück vom wertvollen Familienporzellan mitgenommen wurden, während die Kennkarte, der Reisepaß und Lebensmittelmarken zu Hause blieben.²⁷ Die „Räumlinge“ – wie die rückgeführten Personen auch spöttisch bezeichnet wurden²⁸ – kamen zunächst an sogenannte Sammelplätze. Von dort aus erfolgte nach einigen Tagen der Abtransport bzw. Abmarsch in die Bergungsgebiete. Dies waren ländliche Gegenden in der näheren Umgebung, in denen keine Truppenbewegungen stattfinden sollten, aber auch weiter entfernte Regionen wie Bayern.

Ein „Bergungsplan“ über die Herkunft und die zu erwartende Anzahl der Evakuierten und die Bergungsgebiete mit den entsprechenden Aufnahmezahlen soll zwar existiert haben,²⁹ ist aber nicht überliefert. Zahlen finden sich lediglich in einem SD-Bericht vom

²⁵ Arnold, Freimachung, S. 84.

²⁶ Zum genauen planmäßigen Ablauf vgl. ebenda, S. 60ff. sowie Dokumente deutscher Kriegsschäden, Band III, S. 520ff. (mit Abdruck verschiedener amtlicher Schriftstücke).

²⁷ Die Fälle, in denen Rückgeführte ohne Papiere angetroffen wurden, waren so zahlreich, daß der Reichsverteidigungskommissar für die Wehrkreise München und Nürnberg, Adolf Wagner, bestimmte, finanzielle oder fürsorgliche Leistungen an die Rückgeführten schon allein aufgrund eidesstattlicher Erklärungen zu gewähren. StA Würzburg, LRA Obernburg 14, Anweisungen des Reichsverteidigungskommissars Adolf Wagner an alle bayerische Regierungspräsidenten vom 26. 10. 1939.

²⁸ Meldungen aus dem Reich, Band 2, S. 439, Bericht zur innenpolitischen Lage (Nr. 13; Anlage) vom 8. 11. 39.

²⁹ Der bayerische Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar für die Wehrkreise VII (München) und XIII (Nürnberg), Adolf Wagner, nennt in einem Schreiben an die bayerischen Regierungspräsidenten vom 26. 10. 1939 einen „Bergungsplan des Reichsministers des Innern“, der auch

Oktober 1939, in dem Angaben über die Räumungs- und Bergungsgebiete und die jeweilige Anzahl der Personen, die sich dort aufhielten, gemacht wurden.³⁰ Demnach waren bis dahin insgesamt 573 234 Einwohner der Westgebiete umquartiert worden, nach einer Information aus dem Reichsarbeitsministerium soll die Zahl der Rückgeführten aus der „roten Zone“ der Wehrkreise V (Baden) und XII (Saarpfalz) zusammen sogar etwa 700 000 betragen haben.³¹ Dem SD-Bericht zufolge stammten die Evakuierten aus vier Räumungsgebieten³² und verteilten sich auf 20 Bergungsgaue: Rund 400 000 Personen waren aus dem Gau Saarpfalz zurückgeführt worden; mit 118 433 Personen bildeten die in Baden Beheimateten die zweitgrößte Gruppe der Umquartierten, außerdem waren 27 112 Personen aus dem Gau Koblenz-Trier und ebenso viele Einwohner Wilhelmshavens, das durch seinen großen Kriegshafen besonders gefährdet war, von Räumungsmaßnahmen betroffen. Eine Liste der freigemachten Orte vom 2. Dezember 1939 weist 292 Stadt- und Landgemeinden in der Saarpfalz und im Regierungsbezirk Trier aus.³³ 181 Orte durften überdies von der Zivilbevölkerung nicht mehr betreten werden. Ein Großteil der Betroffenen hatte zunächst im Gau Württemberg-Hohenzollern Unterschlupf gefunden, ehe er in weiter entfernt gelegene Gebiete umgesiedelt wurde. Die allermeisten, rund 200 000, kamen schließlich in Kurhessen und Thüringen unter, mehr als 100 000 gelangten nach Bayern. Sie fanden fast ausschließlich im Gau Mainfranken, der 53 220 Personen aufnahm, und in der Bayerischen Ostmark, wo 42 528 Personen unterkamen, eine Bleibe; nach Oberbayern kamen nur 5292, in den Gau Franken 3440 und nach Schwaben 1105 Rückgeführte aus dem Westen. Mehrere Tausend schließlich wurden in ganz andere Gebiete als vorgesehen verschlagen; diese als „versprengt“ Bezeichneten mußten weite Wege bis nach Berlin, Österreich und sogar bis in den Sudetengau zurücklegen.³⁴

Obwohl die Freimachung der Westgrenze „im allgemeinen geklappt“ hatte, wie von offizieller Seite immer wieder beteuert wurde,³⁵ traten dennoch eine Reihe von Schwierigkeiten auf, die den Erfolg der Maßnahmen sehr ins Zwielicht rücken mußten.³⁶ Angefangen vom unklaren und noch einmal widerrufenen Auslösungsbefehl der Räumung Saarbrückens³⁷ über ungenügende Informationen zur Dauer der Räumung,³⁸ den Ab-

die „zugesdachte Belegung“ der einzelnen Bergungsgebiete enthalten habe. StA Würzburg, LRA Obernburg 14.

³⁰ Meldungen aus dem Reich, Band 2, S. 343–345, Bericht zur innenpolitischen Lage (Nr. 2) vom 11. 10. 39.

³¹ Akten der Parteikanzlei, Teil II, 2042–2047, Vermerk des Reichsarbeitsministers über die Freimachung West vom 13. 9. 1939.

³² Für ein fünftes Räumungsgebiet, den Gau Köln-Aachen, waren noch keine Maßnahmen ergriffen worden.

³³ StA Würzburg, LRA Obernburg 14, Mitteilung des Regierungspräsidenten in Würzburg an die Landräte u. a. in Mainfranken betreffs Freimachung der Westgrenze vom 2. 12. 1939.

³⁴ Meldungen aus dem Reich, Band 2, S. 343–345, Bericht zur innenpolitischen Lage (Nr. 2) vom 11. 10. 39.

³⁵ Akten der Parteikanzlei, Teil II, 2042–2047, Vermerk des Reichsarbeitsministers über die Freimachung West vom 13. 9. 1939.

³⁶ Eine genaue Beschreibung des Ablaufs der Räumung in einzelnen badischen Orten gibt Arnold, Freimachung, S. 89–92.

³⁷ Saarbrückener Zeitung vom 2. 9. 1939: „Vor zwanzig Jahren an der Saar: Die ‚Rote Zone‘ wurde evakuiert. Hunderttausende mußten die Heimat verlassen“, zit. nach Dokumente deutscher Kriegsschäden, Band III, S. 666.

³⁸ Meldungen aus dem Reich, Band 2, S. 438–441, hier S. 439, Bericht zur innenpolitischen Lage (Nr. 13, Anlage) vom 8. 11. 1939.

marsch zum falschen Zielort – durch ein Mißverständnis war eine Gruppe von Evakuierten nach Essen anstatt nach Hessen in Gang gesetzt worden³⁹ –, die Mitnahme ungeeigneten Gepäcks – mancher trug Kostbares oder Gegenstände mit ideellem Wert bei sich anstatt warmer Kleidung⁴⁰ – bzw. den gänzlichen Verlust der mitgenommenen Habe⁴¹ bis hin zu den unvorbereiteten Amtsträgern in den Bergungsgemeinden, den daraus resultierenden Schwierigkeiten bei der Einquartierung der „Räumlinge“ und den schweren Unwettern am Räumungstag, denen die Abwandernden auf freiem Feld schutzlos ausgesetzt waren,⁴² wuchs sich der Weg der Betroffenen vielfach zu einer wahren Odyssee aus. So wies Reichsarbeitsminister Franz Seldte zehn Tage nach Auslösung der Räumungsmaßnahmen darauf hin, daß „sich in allen Bezirken des Reichs allmählich Transporte oder einzelne Versprengte aus dem Westen einfinden“ würden.⁴³ Nicht minder problematisch gestaltete sich für viele der Aufenthalt in den Gemeinden der Bergungsgebiete, denn dort sah man die Fremden häufig als Störenfriede der scheinbar intakten dörflichen Idylle.

In kleinen Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnern waren 30 oder 40 „Räumlinge“ aus dem Westen, die zum Teil nichts als eine Tasche mit Habseligkeiten mitbrachten und in eine ungewisse Zukunft blickten, schon eine starke Minderheit.⁴⁴ Die Fremden wurden mißtrauisch beäugt, und die wegen des Kriegsbeginns ohnehin gedrückte Stimmung verschlechterte sich, weil den Umquartierten aus dem Westen geholfen werden mußte, zusätzlich.⁴⁵ So kam es schon einmal vor, daß sich die Rückgeführten als „Saarfranzosen“⁴⁶ oder „Westwallzigeuner“⁴⁷ beschimpfen lassen mußten. Zwar wurden die Schwierigkeiten, die durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Einstellungen und fremder Gebräuche entstanden, von den Behörden erkannt – Adolf Wagner sprach davon, daß Reibereien „naturgemäß zunächst auftreten“ würden⁴⁸ –, aber auch beschwichtigende Worte und der Appell an die „Ehrenpflicht“ des Volkes zur Unterbringung von „heimatlos gewordenen Grenzlandbewohnern“⁴⁹ konnten das oftmals gestörte Verhältnis

³⁹ Wie Anm. 35.

⁴⁰ Meldungen aus dem Reich, Band 2, S. 343, Bericht zur innenpolitischen Lage (Nr. 2) vom 11. 10. 39.

⁴¹ Der Reichsinnenminister berichtete noch im März 1940 von zahlreichen Gepäckstücken, die seit der Zeit der Räumung der Westgrenze herrenlos an vielen Bahnhöfen lagerten und mangels Identifikation noch nicht zurückgegeben werden konnten. StA Würzburg, LRA Obernburg 14, Mitteilung des Reichsinnenministers an die Regierungspräsidenten in Preußen, Bayern u. a. vom 4. 3. 1940 betreffs Verlorenegegangenes Gepäck Rückgeführter.

⁴² Wie Anm. 37.

⁴³ Wie Anm. 35.

⁴⁴ Eine Liste mit den Gemeinden eines unterfränkischen Landkreises, der jeweiligen Einwohnerzahl und der Zahl der aufgenommenen erwachsenen Personen aus den Räumungsgebieten weist einen durchschnittlichen Anteil von sechs Prozent rückgeführter Personen aus. In einzelnen kleinen Orten war der Anteil der Rückgeführten allerdings bis auf 20 Prozent geklettert; StA Würzburg, LRA Obernburg 14.

⁴⁵ Zur Stimmung in der Bevölkerung bei Kriegsbeginn vgl. Steinert, Hitlers Krieg, S. 91 ff.

⁴⁶ Meldungen aus dem Reich, Band 2, S. 438–441, hier S. 440, Bericht zur innenpolitischen Lage (Nr. 13, Anlage).

⁴⁷ Arnold, Freimachung, S. 107.

⁴⁸ StA Würzburg, LRA Obernburg 14, Anweisungen des Reichsverteidigungskommissars für die Wehrkreise VII und XIII an die bayerischen Regierungspräsidenten vom 26. 10. 1939 betreffs Bergungsrichtlinien.

⁴⁹ StA Würzburg, LRA Obernburg 14, Erlaß des Reichsinnenministers an die Regierungspräsidenten in Preußen, Bayern, Sachsen u. a. vom 10. 10. 1939.

zwischen Einheimischen und Fremden nicht in gewünschtem Maße verbessern. Die Stapo-Leitstelle Würzburg drohte Bürgern, die Rückgeführten ein Quartier verweigerten, sogar mit der Einweisung in ein Konzentrationslager.⁵⁰

Doch nicht nur von der Bevölkerung der Bergungsgemeinden wurde Kooperationsbereitschaft verlangt; auch die Räumungsflüchtlinge wurden darauf hingewiesen, daß sie sich zwar „in erster Linie als Gast der [Aufnahme-]Gemeinde [. . .] betrachten“ dürften, sich aber „mit den nun einmal gegebenen örtlichen Verhältnissen abzufinden und sich in diese einzufügen“ hätten. Anstatt „überspitzte und unerfüllbare Wünsche“ zu äußern, sollten sie vielmehr dem Quartiergeber bei Bedarf unter die Arme greifen, sofern sie nicht ohnehin vom Arbeitsamt dienstverpflichtet wurden.⁵¹

Das weitaus schwierigere Problem im Zusammenhang mit der Freimachung der Westgrenze aber war die große Zahl derjenigen, die aus den amtlich gelenkten Räumungsmaßnahmen ausscherten und diese dadurch gewissermaßen sabotierten. Einige versuchten, sich der Räumung zu widersetzen, weil sie um ihr Hab und Gut fürchteten oder Angst vor Plünderungen hatten. Andere schreckten die Gerüchte, daß die „Räumlinge“ aus landwirtschaftlichen Betrieben überhaupt nicht mehr zurückkommen würden, sondern, wie es in einem Lagebericht der Gauleitung Düsseldorf über die Situation im deutsch-niederländischen Grenzgebiet heißt, beispielsweise im Weichselgebiet angesiedelt werden sollten.⁵² Störend wirkte auch die große Zahl von „wildem Wanderern“. Damit waren Personen gemeint, die gar nicht aus einem Räumungsgebiet kamen, aber trotzdem ihr Heil in der Flucht suchten, oder solche, die zwar aus den Räumungsgebieten stammten, aber nicht in die vorgesehenen Bergungsgebiete abwanderten, sondern sich auf eigene Faust eine Bleibe suchten.⁵³ Schließlich galten auch diejenigen als „wilde Wanderer“, die nach kurzer Zeit wieder in Richtung Heimat aufbrachen⁵⁴ – in der Regel ohne Erlaubnis, oft aber auch mit Bescheinigungen von Parteidienststellen, die ihnen die Heimfahrt gestatteten und ihnen sogar einen Freifahrtschein vermittelten.⁵⁵ Insbesondere diese Perso-

⁵⁰ StA Würzburg, LRA Oberburg 14, Bekanntmachung der Geheimen Staatspolizei, Stapo-Leitstelle Würzburg an die Landräte in Mainfranken u. a. vom 21. 9. 1939 über die Weigerung zur Aufnahme von Flüchtlingen.

⁵¹ Wie Anm. 48.

⁵² Akten der Parteikanzlei, Teil II, 22859–862, Auszug aus einem Bericht über eine Fahrt ins deutsch-niederländische Grenzgebiet in der Zeit vom 16.–19. 9. 1939, den die Gauleitung Düsseldorf am 28. 9. 1939 an die Dienststelle des Beauftragten der NSDAP für außenpolitische Fragen im Stab des Stellvertreters des Führers sandte.

⁵³ Der Reichsinnenminister wies darauf hin, daß größter Wert auf die Meldepflicht der in Wehrüberwachung stehenden Personen gelegt werden müsse, denn man habe beobachtet, daß zahlreiche jüngere Männer von Ort zu Ort ziehen und sich nirgendwo fest anmelden würden, um auf diese Weise der Wehrüberwachung zu entgehen. StA Würzburg, LRA Oberburg 14, Erlaß des Reichsinnenministers an die Regierungspräsidenten in Preußen, Bayern u. a. vom 10. 10. 1939.

⁵⁴ Der Begriff „wilde Wanderer“ taucht sowohl in amtlichen Schriftstücken wie insbesondere in den Lageberichten auf und bezeichnet sowohl das unplanmäßige und unerlaubte Verlassen des Räumungsgebietes, die unkontrollierte Wanderung im Reichsgebiet, als auch die unplanmäßige und vorzeitige Rückkehr Rückgeführter in ihre Heimatorte. Vgl. StA Würzburg, LRA Oberburg 14, Schnellbrief des Reichsinnenministers an die Regierungspräsidenten in Preußen, Bayern u. a. vom 21. 9. 1939, in dem der Minister „wildem Rückwanderern“ den Entzug des Räumungsfamilienunterhalts androhte. Im gleichen Sinne wurden später auch Luftkriegsevakuiererte, die sich über die offiziellen Evakuierungsbestimmungen hinwegsetzten, als „wilde Umquartierte“ oder „wilde Evakuiererte“ bezeichnet; vgl. Kap. II 4.

⁵⁵ Akten der Parteikanzlei, Teil II, 23 946 f., Lagebericht der Gauleitung Koblenz-Trier an den Verbindungsstab des Stellvertreters des Führers vom 11. 9. 1939.